

# Rote Hilfe

Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

## „Freiheit und Innere Sicherheit“ = Terror gegen die Werktätigen!

Erneut sind Ende Juni mehrere Gesetze verabschiedet worden, die angeblich die „Innere Sicherheit“ gegen „Terroristen“ schützen sollen. In Wirklichkeit sichern sie den staatlichen Terror gegen die Revolutionäre und alle Werktätigen gesetzlich ab.

### ● Zehn Jahre Gefängnis für den Zusammenschluss zum Kampf

Gefängnis droht jedem, der sich mit anderen im Kampf für die Interessen der Werktätigen zusammenschließt. 5 Jahre für Mitgliedschaft und Unterstützung, bis 10 für „Rädelsführer“ in einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129 a). Jahrelange Untersuchungshaft für „dringend Verdächtige“ ohne weiteren Haftgrund. Schriftverkehr mit dem Rechtsanwalt wird kontrolliert. Alle Werktätigen sollen zur Denunziation verpflichtet werden.

### ● Gesinnungsschnüffelei und Spitzeltätigkeit abgesichert

Die Polizei darf Menschen erschießen. Auch Kinder unter 14 Jahren. Wenn immer sie sich bedroht fühlt. Auf Befehl des Innenministers werden Maschinengewehre gegen Menschenmassen eingesetzt (Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz).

### ● Wer aufmuckt, hat das Recht auf Leben verwirkt. Auch Kinder.

Mustergesetz in Niedersachsen für den Verfassungsschutz legalisiert den Einsatz von Richtmikrofonen, Abhörgeräten usw. gegen Werktätige. Alle Behörden und öffentlichen Einrichtungen zur Weitergabe ihrer Informationen über Werktätige an Verfassungsschutz verpflichtet.

## Die Terroristen - das ist die herrschende Klasse!

Am 2. Juli fand in Dortmund der Prozeß gegen Michael Banos, ehem. Presseverantwortlicher der Roten Hilfe, unter anderem wegen „Verächtlichmachung der BRD“ statt. Aus diesem Grund wird am 12. Juli ein Extrablatt der RH-Zeitung erscheinen.

## Wichtige Urteile

### Münster:

Vor zwei Jahren demonstrierte die KPD/ML gegen die Ermordung G. Routhiers durch die Polizei. Einer der verhafteten Genossen wurde für 10 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt, weil bei dieser Demonstration der Einsatzleiter der Polizei mit einem blauen Auge zu Boden ging. Aus dieser Tatsache konstruierte die Staatsanwaltschaft „lebensgefährliche Körperverletzung“ eines Polizeibeamten. Außerdem meinte der Staatsanwalt sei das ja nicht mit einer normalen Wirtschaftsschlägerei zu vergleichen, denn man müsse die politische Motivation des Angeklagten berücksichtigen. Der „lebensgefährlich“ Verletzte war als Zeuge und Nebenkläger anwesend: er möchte neben der Gefängnisstrafe, für die er mit gesorgt hat, von Andreas noch die Zahlung einer lebenslangen Rente einklagen.

Deutlich wurde in diesem Prozeß, daß es nicht um eine Urteilsfindung nach Tatsachen, sondern um ein Gesinnungsurteil gegen einen Kommunisten ging.

### Heidelberg:

Zu 54 Wochen Gefängnis ohne Bewährung wurde der verantwortliche Redakteur der kommunistischen Studentenzeitung des KBW verurteilt. „Aufforderung zu strafbaren Handlungen, versuchte Nötigung des Gemeinderates und Beleidigung des Universitätsrektors“, das konstruierte das Gericht aus einem Artikel, in dem zur Unterstützung des berechtigten Kampfes der Heidelberger Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen im letzten Jahr aufgerufen wurde.

Die Staatsanwaltschaft hatte gefordert, die „Rädelsführer“ der Demonstrationen hart zu bestrafen und das Gericht erkannte, daß der Redakteur als „Schreibtischtäter“ einer von ihnen sei.

Das faschistische Urteil bedeutet nichts anderes, als die Anwendung des § 88a!

## Prozesskalender

**Prozessstermine:** 5. Juli 1976, 11 Uhr, Saal 618 Landesarbeitsgericht Berlin, Cicerost., gegen Reinhard Stey (Betriebsrat, entlassen wegen Vorlesen eines Briefes von José Baena)

## Freiheit für Horst Mahler!

Vor 5 Jahren wurde Horst Mahler zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt – verurteilt wegen angeblicher Beteiligung an Banküberfällen, der Befreiung A. Baaders aus dem Gefängnis und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Horst Mahler sagte sich mittlerweile von der RAF los und hat sich jetzt der GRF (KPD) angeschlossen. K.H. Ruhland, ein übles Element sorgte durch seine „Aussage“ dafür, daß neben H. Mahler noch andere Revolutionäre der RAF für viele Jahre hinter Gittern sitzen.

K.H. Ruhland, ehemals selbst RAF-Anhänger, wurde der erste staatliche Kronzeuge. Er belastete durch 700 Protokollseiten mit Lügen und Halbwahrheiten 12 Angeklagte und sorgte für 115 Jahre und 3 Monate Gefängnis für Revolutionäre. Aus diesem Grund wurde er auch behandelt wie ein rohes Ei. So erhielt er vom Verfassungsschutz pro Tag 37 DM für seine „Aussage“, monatlich 750 bis 800 DM unabhängig, ob er „arbeitete“ oder nicht. Als Gegenleistung für seine damalige „Begnadigung“ (eine Anklage wegen Mordversuchs wurde erlassen) reiste er 1973-75 von Gericht zu Gericht, um mit falschen Aussagen, falschen Anschuldigungen und Meineiden Revolutionäre zu belasten und hinter Gitter zu bringen.

5 Zeugen beeideten, daß Ruhland ihnen gegenüber erklärt hätte, er habe, um einer Anklage wegen Mordes an einem Polizeibeamten zu entgehen, Horst Mahler zu Unrecht des Bankraubes beschuldigt. In Wahrheit habe sich Mahler an den Banküberfällen nicht beteiligt.

Den Lügen von Ruhland also verdankt Mahler 12 von seinen 14 Jahren Gefängnis.

Ein Komitee „Freiheit für H. Mahler“, das sich auf Initiative der Roten Hilfe e.V. gründete und durch viele namhafte Personen unterstützt wird, stellte jetzt Strafan-

zeige gegen Ruhland wegen Meineid. Ruhland muß rechtskräftig verurteilt werden, bevor Mahlers Wiederaufnahmeverfahren beginnen kann.

Die RHD unterstützt den Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens.



K. H. Ruhland

Allerdings ist dieser juristische Schritt nur ein Teil des Kampfes für die Freilassung H. Mahlers und aller politischer Gefangenen. Wichtiger noch ist die Solidarität über die Gefängnismauern hinweg, ist der aktive Beitrag proletarischer Solidarität für die Genossen in Haft.

Schreibt Horst Mahler ins Gefängnis!

Unterstützt den Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens!

## Klaus Kercher zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt

Klaus Kercher demonstrierte 1972 gemeinsam mit der KPD/ML am Roten Antikriegstag gegen den imperialistischen Krieg. Deshalb wurde er zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Dieses Urteil ist in der Berufungsverhandlung bestätigt worden.

Wenn's gegen Kommunisten geht, scheut die Klassenjustiz vor keinem Terror zurück. So durften die Zuschauer erst in den Prozeßsaal, nachdem sie sich ausführlich durchsuchen ließen.

Um Klaus um jeden Preis ins Gefängnis zu bringen, wurden Zeugen herangezogen, die man nur als Spitzel, Faschisten und Schläger bezeichnen kann. Der eine Zeuge, den die Staatsanwaltschaft als einen Mann „aus dem Volke“ präsentierte, ein alter Faschist, prahlte damit, daß er seine Armprothese abgeschnallt und auf einer jungen Demonstrantin in Stücke geschlagen habe. Im übrigen

kannte er Klaus nicht. Trotzdem wurde Klaus verurteilt.

Dieses Gesinnungsurteil ist eines von vielen, die gegen Teilnehmer der Roten Antikriegstagsdemonstration vollstreckt wurde.

Doch die Klassenjustiz wird Klaus nicht kleinkriegen, denn hinter ihm stehen viele, z.B. die 43 seiner Kollegen, die eine Protestresolution unterschrieben. Eine Kollegin von Klaus sammelte selbständig Unterschriften für ihn. Auf Veranstaltungen wurde Geld für ihn gesammelt und viele sprachen ihre Solidarität aus.

**FREIHEIT FÜR K. KERCHER!**

# Freiheit für die politischen Gefangenen!

SELBSTKRITIK DER ZENTRALEN LEITUNG

## Die Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind erhöhen!

Auf dieser Seite veröffentlichen wir immer Berichte und Adressen von politischen Gefangenen und richten an die Leser die Aufforderung, Solidarität mit den inhaftierten Genossen zu üben. Viele Leser unserer Zeitung haben sich gefragt, warum in der Mai-Ausgabe der RHZ plötzlich eine Reihe von Namen nicht mehr auftauchten.

Der Grund dafür ist folgender: Bei den meisten dieser Gefangenen, z.B. bei Gerd Jakobs, Günter Gerlach und anderen handelt es sich nicht um politische Gefangene, sondern um gewöhnliche kriminelle und lumpenproletarische Elemente.

Aber wie kam es dazu, daß die Adressen dieser Leute in unserer Zeitung standen?

Je breiter die RHD ihre Arbeit annahm, desto bekannter wurde sie auch in den Gefängnissen. Eine Reihe von Gefangenen wandten sich mit Briefen an die RHD und baten um Unterstützung. Fast alle gaben sich „revolutionär“, wollten angeblich auch die Arbeit der Roten Hilfe unterstützen, einige wollten sofort Mitglied werden. Warum sie im Gefängnis saßen, darüber verloren sie kein Wort, sie beteuerten mit ihrer Vergangenheit gebrochen zu haben oder sie machten sich selbst kurzerhand zu politischen Gefangenen.

Die ZL der RHD übt Selbstkritik, weil sie den schweren Fehler beging, solche Briefe und Bekenntnisse ohne genaueste Prüfung für bare Münze zu nehmen. Die Zeitung veröffentlichte teilweise solche Briefe und Berichte und daraufhin begannen dann auch die Ortsgruppen damit, diese Gefangenen zu betreuen. Durch die Veröffentlichung ihrer Adressen wurden sie mit den politischen Gefangenen auf eine Stufe gestellt und wir forderten die Werktätigen zur Solidarität auf.

Dahinter steckte mangelnde Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind, der solche Elemente für seine Zwecke einsetzt und eine Verwischung des Gegensatzes zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, weil wir solche kriminellen Elemente, die für ihren eigenen Vorteil zu allem bereit sind, zum Volk zählten. Auch zeigte sich hier, daß in der RHD, einschließlich ihrer Zentralen Leitung, noch Tendenzen vorhanden sind, die ROTE HILFE als eine caritative Organisation zu betrachten, die jedem hilft, dem es dreckig geht.

### SPITZEL UND PROVOKATEURE

Dieses Vorgehen richtete großen Schaden an. Die Organisation wurde im höchsten Maße gefährdet durch Spitzel und gekaufte Elemente. So entpuppte sich Günter Gerlach als Spitzel des Landes kriminalamtes. Außerdem starteten diese Elemente eine ganze Reihe von Provokationen, die es der Bourgeoisie leicht gemacht hätten, die RHD in den Augen der werktätigen Massen als eine kriminelle Vereinigung hinzustellen und zu verbieten. Erst viel zu spät er-

kannten wir, was sich hinter den zahlreichen revolutionären Beteuerungen dieser Leute verbarg, nämlich der nackte Egoismus von käuflichen Kriminellen u. lumpenproletarischen Elementen. Diese Typen sind imstande, sich jahrelang zu verstellen, wenn es für sie vorteilhaft ist. In einem Fall öffnete uns erst ein Diebstahl bei Genossen die Augen, in einem anderen Fall die provokatorische Aufforderung zur gewaltsamen Befreiung. Darüber hinaus flossen auch noch, z.B. im Rahmen der Weihnachtshilfe einige für die politischen Gefangenen gesammelten Gelder, in die Tasche dieser ausgekochten Lumpen.

War dies nun unvermeidbar, war es vielleicht unmöglich, die wirklichen Absichten dieser Gefangenen vorher zu erkennen? Diese Frage müssen wir mit einem klaren „Nein“ beantworten. Die ZL der RHD ist diesen Leuten nur deshalb auf den Leim gegangen, weil es ihr an der grundsätzlich notwendigen Wachsamkeit gegenüber dem Lumpenproletariat fehlte.

### DIE GEFAHRLICHKEIT DES LUMPENPROLETARIATS

Dieser Fehler wiegt um so schwerer, als schon bei der Gründung der RHD diese Frage eine große Rolle spielte. Völlig zu Recht wies der Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, in seiner Rede auf der Gründungsveranstaltung der RHD auf folgendes hin:

*„Warum, Freunde und Genossen, ist die Unterscheidung zwischen Proletariat und Lumpenproletariat für uns heute so äußerst wichtig? Weil auch in unserer Organisation in dieser Frage noch keine völlige Klarheit herrscht. Sicher, die Auffassung, die Rote Hilfe als eine caritative Organisation zur Betreuung von Strafgefangenen zu betrachten, wurde zurückgewiesen. Doch immer noch herrscht, vor allem unter unseren intellektuellen Freunden und Genossen, eine Tendenz zur Unterschätzung der Gefährlichkeit der lumpenproletarischen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft. Gerade jetzt, wo die Vertreter der Bourgeoisie wie kürzlich anlässlich der Sicherheitsdebatte im Bundestag öffentlich angekündigt haben, verstärkt die revolutionären Organisationen, also auch die Rote Hilfe, mit ihren Agenten und Provokateuren zu unterwandern, ist besondere Wachsamkeit am Platze.“*

Und zum Lumpenproletariat selbst sagte Genosse Ernst Aust damals: „Nein, das Lumpenproletariat ist, wie die Erfahrung bewiesen hat, eine Schicht käuflicher Menschen, die nicht imstande sind,



## Adressen politischer Gefangener

Gefangene wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972:

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 12  
Heinz Baron, 44 Münster, Gartenstr. 26, JVA

Baha Targün, 5 Köln Rochusstr., JVA, türkischer Genosse beim Ford-Streik zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

Horst Mahler, 1000 Berlin 27, Seidelstr. 39, JVA Tegel, zu 14 Jahren verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF, heute Sympathisant der GRF (KPD)

Dieter Hildebrandt, 7140 Ludwigsburg, JVA, Mitglied des KBW, verurteilt wegen Teilnahme an der Cabora-Bassa-Demonstration

Jochen Noth wurde inzwischen entlassen.

sich zu den Höhen des proletarischen Kampfes emporzuschwingen.“

Diese Erfahrung der Arbeiterbewegung hat die ZL nur theoretisch bejaht; als es darauf ankam, sie in der Praxis anzuwenden, ging sie leichtfertig vor und sah nicht die Verantwortung für die ganze Organisation.

### DEM PROGRAMM DER RHD FOLGEN!

Es gilt nun, aus diesen Fehlern die Konsequenzen zu ziehen und wachsam zu sein gegen alle Versuche von kriminellen und lumpenproletarischen Elementen und Spitzeln, in die RHD einzudringen oder sich ihre Unterstützung zu erschleichen. Es gilt, die Linie unseres Programms zu befolgen, das für die Freiheit aller politischer Gefangenen eintritt.

Die Rote-Hilfe-Zeitung wird daher in Zukunft nur noch die Adressen von politischen Gefangenen veröffentlichen, die aufgrund ihres Kampfes für die Interessen der Werktätigen eingekerkert sind und deren bisheriger Lebensweg bekannt ist. Das schließt nicht aus, daß einige Ortsgruppen der Roten Hilfe darüberhinaus einige sehr wenige Gefangene betreuen, die zu Unrecht im Gefängnis sitzen oder aber es wirklich geschafft haben, sich von ihrer kriminellen Vergangenheit loszusagen und einen proletarischen Klassenstandpunkt einzunehmen. Zu ihnen gehört auch ein geringer Teil der in unserer Zeitung früher veröffentlichten Adressen.

# „Freiheit und Innere Sicherheit“ = Terror gegen die Werktätigen

„Es besteht kein Grund zur Besorgnis. Die neuen Gesetze, der § 129 a, richtet sich nur gegen die Terroristen. Der Rechtsstaat bleibt erhalten.“ So sagten es die Abgeordneten des Bundestages, so schrieb die bürgerliche Presse.

Wir wollen mal feststellen: Wer in diesem Land Terror ausübt, das ist die Kapitalistenklasse, die die Macht im Staat hat. In ihren Betrieben treibt sie ihre Lohnsklaven zu ungeheurer Arbeitshetze an. Unfallschutz ist Nebensache. Alle zwei Stunden wird in Westdeutschland ein Mensch an seinem Arbeitsplatz ermordet. In den Gefängnissen werden politische Gefangene durch Isolation gefoltert und seelisch und körperlich vernichtet. Schon länger häufen sich die Fälle, wo Werktätige auf offener Straße von der Polizei abgeknallt werden. Jetzt wurde der Polizei das Morden gesetzlich erlaubt.

Die neuen, faschistischen Gesetze aber bedrohen diejenigen mit Gefängnis, die sich gegen den Terror auflehnen. Gegen wen werden sie angewandt werden? Gegen die RAF und ähnliche Gruppen, gewiß. Aber längst nicht nur gegen sie.

Wegen „Terrorismus“ wurden bereits in Köln vier türkische Patrioten verurteilt, weil sie nicht verbotene Schriften, u.a. Werke von Mao Tse-tung über den Volkskrieg ins Türkische übersetzt hatten. Als „Terroristen“ bezeichnet der Klassenfeind die Kommunisten, weil sie sagen, daß die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker nur durch die Gewalt der Volksmassen beseitigt werden kann. „Unterstützung von Terroristen“ heißt auch die Tätigkeit der Roten Hilfe, wenn sie z.B. gegen die Isolationsfolter an politischen Gefangenen kämpft.

Aber nicht nur Kommunisten und Revolutionäre bedroht dieser

Paragraf. Ebenso laufen Bürgerinitiativen, die zur Besetzung etwa eines Bauplatzes eines lebensbedrohenden Atomkraftwerkes aufrufen, Gefahr, wegen „Aufruf zur Gewalt“ als „terroristische Vereinigung“ bezeichnet zu werden.

Die Korrespondenz (Seite 7) zeigt, wie man Kommunisten zu „Terroristen“ abzustempeln versucht. Gegen sie wird das Gesetz in erster Linie angewendet werden.

Wer aber der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ auch nur verdächtig ist, für den gilt nicht einmal mehr der Schein eines Rechtes vor der bürgerlichen Klassenjustiz. Es genügt der „dringende Verdacht“, um ihn jahrelang in Untersuchungshaft zu halten, egal ob er feste Wohnung und Arbeit nachweisen kann. Sitzt er dann erstmal, so wird ihm die wirksame Vorbereitung seiner Verteidigung vor Gericht unmöglich gemacht. Der Schriftverkehr mit seinem Anwalt - oft die einzige Verbindung nach draußen - wird zensuriert. Wenn es dem Klassenfeind z.B. nicht paßt, daß der Gefangene seinem Anwalt über Mißhandlungen berichtet, kann der Brief beschlagnahmt werden. Der Anwalt aber muß sich vor jedem freundlichen, aufmunternden Wort hüten, um nicht in Verdacht der „Konspiration“ mit seinem Mandanten zu geraten und von der Verteidigung ausgeschlossen zu werden. Denn alle diese Dinge, die auch bisher zum Teil schon praktiziert wurden, sind nun gesetzlich ausdrücklich vorgesehen.

## „Feuer frei!“

Stellen wir uns vor, dieser Befehl an die Polizei erginge während der Bauplatzbesetzung eines Atomkraftwerkes wie in Wyhl durch die Bevölkerung der Nachbarschaft. Maschinengewehrsalven in die Menge hinein, denen Männer und Frauen, Kinder und alte Leute zum Opfer fallen würden, gezielte Kopfschüsse gegen „Rädelsführer“ wären die Folge.

Diese Situation kann schon morgen blutige Wirklichkeit werden. Der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz ist jetzt endgültig verabschiedet, in Kürze werden die Bundesländer darauf fußend ihre Polizeigesetze verabschiedet. Der Entwurf erlaubt den gezielt tödlichen Schuß gegen Men-

schon, sogar gegen Kinder unter 14 Jahren. Gegen kämpfende Massen sieht er den Einsatz von Maschinengewehren vor.

„Zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben“ darf geschossen werden, heißt es im Gesetz. Was für eine Gefahr soll das wohl sein, die von Kindern ausgeht? Aber wir ha-

ben ja bereits genügend Erfahrung mit der „Lebensgefahr“ für Polizisten. Ein Duisburger Jugendlicher der von der Polizei gestellt wurde

## Ihr Terror ze!

Wieder neue, noch schärfere Gesetze gegen kämpferischen Menschen sind erlassen „Innere Sicherheit“ seit 1969. Immer Kapitalistenklasse gegen das Volk zu sein Kämmerlein zurückziehen und was zu retten? Vorsichtig gegenüber dem Volk so denkt, sieht nur die halbe Wirklichkeit



Die Bevölkerung von Nordhorn-Range versperre teidigte sich auch gegen die mit Wasserwerfern an

1969 war das Jahr der Septemberstreiks, in denen die Arbeiter aus dem Tarifzwang der Gewerkschaftsführer ausbrachen und Teuerungszulagen erkämpften. Der ständig fortschreitende Ausbau des Staatsapparates gerade seit 1969 ist eine Reaktion auf die damals sprunghaft anwachsende Kampfbereitschaft der Massen.

Heute haben die Kämpfe der Werktätigen an Entschlossenheit und Bewußtheit enorm zugenommen. Jüngstes Beispiel ist der disziplinierte Streik der Druckereiarbeiter, die nicht nur die Produktion lahmlegten sondern auch gegen den Einsatz der Polizei die Auslieferung von „Notausgaben“ verhinderten. An Bedeutung gewonnen hat auch der Einfluß der Kommunistischen Partei und ihrer Propa-

## Gesinnungsschnüffelei ist rechtens

In Niedersachsen wurde ein Verfassungsschutzgesetz verabschiedet, das als Mustergesetz auch für andere Bundesländer gilt. Es legalisiert den Einsatz „nachrichtendienstlicher Mittel“, also z. B. Richtmikrofone und Abhörapparate gegen die werktätige Bevölkerung durch den Verfassungsschutz. Es erlaubt dem Verfassungsschutz, seine Kenntnisse auch an „nichtstaatliche“ Stellen, also z. B. Betriebe, weiterzugeben, wenn der Innenminister dies genehmigt – und warum sollte er das nicht. Alle Behörden und öffentlichen Einrichtungen aber sind verpflichtet, ihr Wissen über Werktätige dem Verfassungsschutz mitzuteilen.

Jeder weiß, was die Folgen der „Arbeit“ der Spitzel vom Verfassungsschutz sind: Schwarze Listen in den Betrieben, politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Berufsverbote im Öffentlichen Dienst, Lawinen von Verfahren gegen revolutionäre und fortschrittliche Menschen.

Zwei Millionen Menschen hat der Verfassungsschutz in seinen Karteien. 500 000 Bewerber für den Öffentlichen Dienst wurden überprüft, mindestens 450 Berufsverbote ausgesprochen. Die Zahl der politischen Entlassungen aus den Betrieben in den letzten Jahren dürfte ähnlich sein. Jetzt sind die Spitzelinformationen sogar „gerichtsverwertbar“ geworden.

Gewisse Leute, die sich gern als „Verteidiger der Demokratie“ bezeichnen, spielen zur Zeit aus dem ganzen Feld der politischen Unterdrückung einseitig die Berufsverbote hoch. Was ist aber von ihrem „Kampf“ gegen die Berufsverbote zu halten, wenn die Juso-Vorsitzende Wiczorek-Zeul in einer Diskussion in Lorsch, von jungen Kommunisten der Roten Garde in die Enge getrieben, das Berufsverbot für KOMMUNISTEN ausdrücklich forderte? Sie sagte: „Die Befürworter eines Terrorregimes, wie das bei der Diktatur des Proletariats der Fall ist, haben im Öffentlichen Dienst nichts zu suchen.“

Diese Leute haben eben überhaupt nichts gegen Berufsverbote überhaupt. Es stört sie bloß, daß hin und wieder auch ein Mitglied der D„K“P oder ein sogenannter „linker SPDler“ in Mitleidenschaft gezogen wird. Deswegen ist von ihnen auch kein Wort gegen die Staatsschutzgesetze zu hören, die der D„K“P ja kein Härchen krümmen. Denn die hat mit unversöhnlichem Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft nichts im Sinn.

Im Gegenteil, D„K“P-Mitglieder sorgen selbst durch Denunziation dafür, daß Genossen der KPI/ML und anderer revolutionärer Organisationen aus Betrieben, aus Gewerkschaften, aus dem Öffentlichen Dienst herausfliegen. Sie sind Zuträger des Verfassungsschutzes.

nachdem er bei „rot“ über eine Ampel gefahren war, zog ein Schlüsselbund aus der Tasche. Die Polizei hielt es für eine Waffe und erschoss den Jungen.

Bisher mußte die bürgerliche Klassenjustiz in diesen Fällen zur Krücke der „Notwehr“ greifen, um die Polizisten vom Vorwurf des Mordes „freizusprechen“. In Zukunft wird gar nicht erst ermittelt. Die Polizei tötet ja legal.

## igt ihre Ausweglosigkeit

gegen alle revolutionären und klassen- worden. 52 Gesetze zur sogenannten r „perfekter“ scheint der Apparat der werden. Was soll man da tun? Sich in ersuchen, wenigstens die eigene Haut Nachbarn, dem Kollegen werden? Wer eit.

und bereit sind, sie zu unterstützen. Er hat Angst vor der Verbindung der Kommunisten mit den Massen, weil er weiß, daß die Massen eines Tages bereit sein werden, ihnen zu folgen.

Der Kampf der Werktätigen für



mit gefällten Bäumen die Zufahrten zu dem von ihr besetzten NATO-Bombenabwurfplatz. Sie ver- rückende Polizei. Der Kampf der Werktätigen läßt sich nicht aufhalten!

ganda unter den Massen.

Warum hat es der Ausbeuterstaat denn nötig, per Gesetz den Einsatz von Maschinengewehren durch die Polizei zu erlauben? Weil er genau weiß, daß die Massen bereits heute beginnen, militant zu kämpfen. MGs braucht man nicht gegen ein Häuflein versprengter Einzelkämpfer wie die RAF.

Warum hat es der Ausbeuterstaat denn nötig, seine Bürger per Gesetz und unter Strafandrohung dazu zu verpflichten hinter ihren Nachbarn und Freunden herzuschnüffeln, ob die nicht eine Bestrebung gegen die „Freiheitlich demokratische Grundordnung“ unterstützen. Weil er genau weiß, daß die Werktätigen große Sympathien für die Kommunisten und Revolutionäre der Arbeiterklasse hegen

ein menschenwürdiges Leben, für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, läßt sich nicht „verbieten“. Der Kampf gegen die politische Unterdrückung und den Terror des Klassenfeindes ist ein Teil dieses Kampfes.

Die Rote Hilfe reiht sich da ein. Sie zieht den Terror des Klassenfeindes ans Licht, nicht um einzuschüchtern, sondern um die Werktätigen zum Kampf dagegen aufzurütteln. Vor allem aber knüpft sie die Bande der Solidarität zwischen den verfolgten Kämpfern und ihrer Klasse und sorgt durch Organisation der praktischen Solidarität dafür, daß sie alle notwendige Unterstützung erhalten, moralisch und materiell. Einer für alle – alle für einen!

Hinein in die Rote Hilfe!

# Aus der Arbeit der Roten Hilfe

## Der Druckerstreik und die Rote Hilfe

Mehrere Wochen standen Ende April/Anfang Mai die Druckereiarbeiter im Kampf für mehr Lohn. Die brutale Aussperrung durch die Kapitalisten, die Hetze der bürgerlichen Presse und besonders die Einsätze der Polizei mit Gummiknüppel und Tränengas, die Verhaftungen von Streikposten - all das hat vielen Werktätigen mit einem mal die Augen geöffnet. Sie haben selbst erlebt, daß der kapitalistische Staat mit seiner Polizei und Justiz dazu da ist, den gerechten Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Viele haben erlebt, daß die IG Druck und Papier, anstatt den Kampf gegen die Kapitalisten zu organisieren, mit diesen zusammengearbeitet hat, um die Kämpfe der Druckereiarbeiter unter Kontrolle zu halten.

Die Empörung über diese Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Druckereiarbeiter war breit, dementsprechend groß war auch die Bereitschaft, diesen Kampf zu unterstützen und Solidarität zu üben.

Diese Solidarität praktisch zu verwirklichen und zu organisieren, das ist auch die Aufgabe der Roten Hilfe. Sie muß zur Stelle sein, wenn die Kollegen gegen die Polizei darum kämpfen, daß die Notausgaben der Zeitungen nicht ausgeliefert werden. Sie muß sich sofort um die Verhafteten kümmern, sie muß den Kollegen juristisch beraten, der wegen seiner Teilnahme am Streik entlassen wurde und die Sanitäter der RHD müssen die Kollegen behandeln, die durch den Knüppel- und Tränengaseinsatz der Polizei verletzt wurden. Vor allem aber ist es unsere Aufgabe, die Solidarität der übrigen Werktätigen gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen zu organisieren und so unseren Teil dazu beizutragen, daß der Kampf siegreich geführt wird.

Wir müssen selbstkritisch feststellen, daß wir während der Streiks der Druckereiarbeiter diese Aufgaben, die uns auch das Programm der RHD klar stellt, nicht richtig erfüllt haben. In den wenigsten Fällen war die RHD direkt zur Stelle.

Das bedeutet aber, daß wir die Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiterklasse geringgeschätzt haben. Die riesige Prozeßwelle gegen die revolutionäre Bewegung erfordert zwar den vollen Einsatz der RHD, darf aber nicht dazu führen, daß wir die Solidarität mit den im

Kampf stehenden werktätigen Massen vernachlässigen. Jeder Werk-tätige muß spüren, daß er und seine Familie nicht allein steht, wenn er sich gegen Ausbeutung, Lohnraub und Krise zur Wehr setzt. Diese Gewißheit wird seinen Mut steigern, gegen die Kapitalistenklasse um seine Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

## Verhindert die Abschiebung der vier türkischen Patrioten!

*Die Abschiebung der 4 türkischen Genossen H.Yourtas, Ö.Özerturgut, Y.Urgurlu und M.Tutkun konnte durch eine breite Welle der Solidarität vorübergehend verhindert werden. Jetzt liegt seit einiger Zeit die schriftliche Urteilsbegründung vor. Damit ist die Gefahr der Abschiebung in die Türkei wieder bedrohlich nah gerückt. Die Asylgewährung war vor rund 3 Monaten von der endgültigen Formulierung der Urteilsbegründung abhängig gemacht worden.*

*Zusätzlich ist jetzt noch die „aufschiebende Wirkung“ des Antrags der 4 Patrioten, sie nicht in die faschisti-*

Liebe Genossen,

am 12.6. fand in Recklinghausen im Rahmen der Ruhrfestspiele die alljährliche „ran-Fete“ statt.

Aufgeboten waren eine Unzahl meist D“K“P- und DGB-freundlicher Sänger und Gruppen.

Dennoch ist es ein politisches Forum, das natürlich eine Unmenge von Jugendlichen anlockt, die aufgeschlossen und interessiert sind. Mit einem Sandwich, das zur Solidarität mit Uli Grober aufrief, sprach ein Roter Helfer die Jugendlichen draußen an. Er fand ein überraschend aufgeschlossenes Publikum, die Menschen besprachen mit ihm den Fall Uli Grober anhand der dort auch vertriebenen Broschüre. Sie kauften Zeitung und Programm. Das Ergebnis: 15 RHZ Nr.6, 6 Broschüren „Uli Grober“, 4 Programme und 1,85 DM Spende.

*sche Türkei abzuschicken, abgelehnt worden.*

*Doch wenn die bürgerliche Klassenjustiz glaubt, die Genossen in einer nächtlichen Nebelaktion heimlich abzuschicken, so hat sie sich getäuscht. Kämpfen wir verstärkt gegen den Versuch der Abschiebung!*

*Fordert die Bewilligung des politischen Asyls beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Tel. 0911/69059 - 69051 - 226127 - Buchstaben Ö, T, Y*

## Schorsch Schmidt aus der Haft entlassen



Genosse Schorsch war wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 ein Jahr lang inhaftiert

Liebe Genossen,

ich kann Euch die erfreuliche Mitteilung machen, daß ich am 11.6., nach Verbüßung von 2/3 meiner 18-monatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung entlassen wurde. Die Bewährungszeit für die 6 Monate beträgt 3 Jahre. Ich bin sicher, daß die tatkräftige Unterstützung durch die RHD entscheidend dazu beigetragen hat, daß mein Antrag auf vorzeitige Entlassung nicht abgelehnt wurde. Fast 2 000 Briefe habe ich im Laufe des letzten Jahres erhalten und ich möchte auf diesem Wege noch einmal allen Roten Helfern recht herzlich dafür danken. Das Radio, das mir die Genossen der OG Frankfurt als Ergebnis einer einfallreichen Spendensammlung ins Gefängnis geschickt haben (sie verkauften Streichholzschachteln mit RH-Motiven zu einem Solidaritätspreis) möchte ich Euch zur Verfügung stellen, damit es für einen anderen politischen Gefangenen verwendet werden kann. Ich habe damit jeden Abend RADIO TIRANA empfangen können. Ich hoffe, bald auch die Genossen Heinz und Sascha wieder draußen begrüßen zu können.

Rot Front! Schorsch

NEUERSCHEINUNG:

# EIN GESETZ GEGEN DICH!

Preis: 0,50 DM

Broschüre der RHD zum 14. Strafrechtsänderungsgesetz

Bestellungen an RHD,  
Stollenstr. 12, Eingang Claus-  
thaler Str., 46 Dortmund

# Korrespondenz

## Wie man Terroristen macht

9. 6. 76 – morgens – 5 zivile Beamte der politischen Polizei dringen in die Wohnung des Genossen Günter, Mitglied der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML, und der RHD ein; zerwühlen seine Wohnung und nehmen einige Sachen und Günter selbst mit, auf den „dringenden Verdacht“ hin, daß er 2 Brandbomben in das Jugendgefängnis Bad Oeynhausen geworfen haben soll. Außerdem soll er den zuständigen Richter bedroht haben.

Sie behandeln ihn erkennungsdienstlich. Schließlich kann er nach 3 Stunden



Informationsstand der RHD auf einem Flohmarkt am Hamburger Hafen. An zwei Tagen wurden durch Verkauf aufgezogener Bilder 120 DM eingenommen

Liebe Genossen!

Anknüpfend an Euren Bericht möchte ich Euch mitteilen, daß die Solidarität mit uns aufgrund meiner politischen Entlassung bei Klöckner noch nicht vorbei ist. Ein Verwandter, der von den Zielen der revolutionären Bewegung keineswegs überzeugt ist, schrieb: „Jetzt haben sie dich also rausgeschmissen. Ich finde es beeindruckend, daß Du Dich trotz der miserablen Arbeitsmarktlage nicht hast einschüchtern lassen. Da gehört bestimmt eine Menge Mut und Überzeugung zu.“ Er legte seinem Brief einen Scheck über 1000 DM bei.

Ein uns bekanntes Ehepaar hat uns angeboten, auf ihrer Wochenendparzelle 4 Wochen lang unentgeltlich Urlaub zu machen. Ein Kollege von Klöckner verwendete sich für mich bei einem kleinen Kapitalisten, der bei ihm in der Nachbarschaft wohnt, damit ich bei diesem Arbeit finde.

Mit revolutionären Grüßen  
Michael Weisfeld

Zu den in der RH-Zeitung angegebenen Spenden sind noch 123,50 DM dazu gekommen.

wieder gehen mit der Warnung – wir gehen noch in deinen Betrieb und verhören deine Kollegen und durchsuchen deine Sachen.

Günter ist als Kommunist bekannt. Wegen seiner Gesinnung wurde er auch zu 4 Wochen Jugendarrest verurteilt, die er in Bad Oeynhausen absitzen mußte.

Motiv des „Anschlages“, laut politischer Polizei, ist die Parole die er während der 4 Wochen an seine Zellenwand gemalt hat „Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz“ und daß er einen Angestellten der Justizbehörde als Diener des Kapitalistenstaates bezeichnet hatte.

Einen Tag später sucht die politische Polizei tatsächlich die Kollegen, deren Namen sie sich hat geben lassen, zu Hause auf oder versucht sie telefonisch über Günter auszuquetschen. Die Kollegen sind sehr empört, denn sie wissen, daß Günter mit ihnen in der Nacht an der Setzmaschine gestanden hat.

Zwei Tage später hat Günter seine Kündigung in der Hand, am letzten Tag seiner Probezeit.

Grund: Rationalisierung!  
Denn Polizei und Kapitalisten haben schon immer „erfolgreich zusammengearbeitet“.

Eine Woche später kommt ein Beamter der politischen Polizei, bringt Günter einige der beschlagnahmten Sachen zurück, und bemerkt zynisch, die ganze Sache hätte sich aufgeklärt, – er brauche sich keine Sorgen mehr zu machen!

## Brief der Familie eines politischen Gefangenen in Spanien

„Vor allen möchte ich in Namen meines Mannes und in meinem die Dankbarkeit zum Ausdruck bringen, die wir für all diejenigen empfinden, die uns ihre moralische Unterstützung anbieten.“

Leider glaube ich nicht daran, daß die Freiheit für die politischen Gefangenen jemals kommen wird, solange keine radikalen Veränderungen stattfinden.

Es soll sich keiner täuschen, mit Franco oder Juan Carlos, es ist das Gleiche. Weiterhin haben wir ein faschistisches Regime.

Es wird tagtäglich gefoltert, weiterhin gibt es Arbeitslose, immer noch müssen Spanier emigrieren, und die Hungerlöhne für die Arbeiterklasse haben sich nicht verändert. (...) Die Gefangenen, insbesondere die politischen müssen ständig hungern und frieren, sie werden Durchsuchungen unterzogen völlig nackt in ihren Zellen. Das Essen enthält öfters Würmer und andre Arten von Ungeziefer.

Die Besuchszeiten sind einmal wöchentlich 20 Minuten, aber nur für die nächsten Verwandten. speziell für die politische Gefangenen muß man öfters den ganzen Vormittag warten, bis man sie vorläßt. Ich durfte vorigen Dienstag meinen Mann nicht sehen, obwohl ich von 9 bis 11.30 Uhr gewartet



Stadtparkasse Dortmund,  
Nr. 172058531, Chr. Bartels

NEUES BÜRO DER RHD:

Stollenstraße 12, Eing. Clausthaler  
Str., 46 Dortmund

TEL.: (0231) 81 19 12

Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17.00-  
18.30, Sa. 10.00-12.00 Uhr

## Resolutionen

Protestresolution vom Stammtisch des  
KSB/ML Würzburg zur Isolationsfolter

Protestresolution zum Prozeß gegen den  
Roten Morgen vom Treffen der RHD in Ham-  
burg

Solidaritätsadresse zum Urteil gegen die  
Redakteure des Roten Morgen, Gernot Schu-  
bert und Karin Wagner, vom Stammtisch der  
RHD in Hamburg und vom Plenum des Palä-  
stinakomitees Freiburg

habe. Die Kinder unter 10 Jahren dürfen nur einmal alle viertel Jahre ihren Vater sehen. (...) Mein Mann hat unser kleines Baby seit dem es anderthalb Monate alt war nicht mehr gesehen. Sie dürfen nur einmal pro Woche einen Brief an ihre nächsten Angehörigen schicken, trotzdem gibt es Zeiten wo 60 % der Briefe verloren gehen. Die Zensur gestattet nicht, daß man ihnen Bücher mitbringt, (...). Sie haben Bücher zensiert wie im Fall von Enrique Aguilar sogar solche Bücher, die die Gefangenen zur Weiterbildung brauchen. Die Liste könnte unendlich lang werden.

Ich werde weiterhin euch Informationen, die ich bekommen kann, schicken.

Ich wollte euch mitteilen, daß es viele Familien gibt, die eine Kaution hinterlegen müssen, um die Freilassung ihrer eingekerkerten Familienangehörigen zu erreichen. Diese Summe ist aber zu hoch, so daß es praktisch unmöglich ist, die hohe Geldsumme zu hinterlegen. Wenn ihr auch in diesen Fällen helfen könntet, könnt ihr sicher sein, daß es seinen guten Zweck erfüllen würde.

Spanische Brüder ich umarme  
euch, unser Tag wird kommen.

UNA FAMILIA

# Unterstützt das um seine Freiheit kämpfende Volk von Azania!

Tausende von afrikanischen Schülern demonstrieren durch die Straßen von Soweto. Plötzlich fallen Schüsse, Kinder fallen tot um, viele liegen blutüberströmt auf der Straße. Ohne jeden Warningschuß zielt die Polizei genau in die Schülermenge.

Diese Ereignisse der letzten Wochen zeigen noch einmal mit aller Deutlichkeit das faschistische Gesicht des Rassenregimes in Azania (Südafrika). Eine kleine Minderheit von Weißen herrscht dort über die 16 Mio. Afrikaner, sperrt diese in riesige KZ's ein, in Vorstädte und in Arbeitslager, die die Rassisten noch zynisch „Heimatländer“ nennen. Verlassen dürfen die Afrikaner diese KZ's nur zur Arbeit, für einen Hungerlohn von 1-3 DM pro Tag. Die weiße Oberschicht betrachtet die Afrikaner als ihre Sklaven.

Millionen Menschen in der ganzen Welt sind empört über die Verbrechen, mit denen das rassistische Regime die anwachsenden Kämpfe des Volkes zu ersticken versucht.

Verlogen aber sind die „Proteste“ der Kissinger und Schmidt, sind es doch gerade die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die die Wirtschaft des Landes beherrschen. Allein 5000 Zweigwerke deutscher Firmen pressen jährlich Milliardenprofite aus den afrikanischen Werktätigen heraus. Mit allen Mitteln versuchen die Imperialisten die Tage des Vorsterregimes zu verlängern, um einen Stützpunkt im südlichen Afrika zu behalten. Doch auch diese Unterstützung wird den Untergang der Rassisten nicht verhindern.

Der blutige Terror von Armee



Afrikanische Eltern tragen ihren erschossenen Jungen fort. Der Haß ihres Volkes gegen die rassistischen Unterdrücker steht in ihren Gesichtern

Ende Juni befanden sich führende Vertreter des PAC auf einer Veranstaltungsreise durch die Bundesrepublik und Westberlin. Allein auf zwei Veranstaltungen wurden ca. 10 000 DM für den Freiheitskampf des Volkes von Azania gesammelt! Vertreter der RHD übergaben den Genossen des PAC eine Spende von 2 500 DM. Nehmen wir uns ein Beispiel daran. SPENDET FÜR DEN PAC! Konto: Stadtparkasse Dortmund, Nr. 172058531, Chr. Bartels, Stichwort: Azania.

und Polizei, der über 176 Tote kostete, 1200 Verletzte und ebenso viele Verhaftete, hat die afrikanische Bevölkerung nicht eingeschüchtert, er hat den Haß auf ihre Unterdrücker nur noch verstärkt. Überall in den Vorstädten von Johannesburg demonstrierten Zehntausende, bauten Barrikaden, stürmten Regierungsgebäude, wehrten sich mit Steinen und Stöcken gegen die Polizei.

Seit Monaten erschüttern immer neue Streiks und Demonstrationen das Regime. Der Kampf des Volkes bleibt dabei aber nicht stehen: in allen Teilen des Landes haben afrikanische Patrioten unter Führung des Pan Africanist Congress (PAC) zu den Waffen gegriffen, denn sie wissen, daß die Rassisten nicht freiwillig abtreten und das Volk seine Freiheit nur dann erlangen kann, wenn es sie gewaltlos vertreibt. Unter Führung des PAC kämpft das Volk auch gegen alle Imperialisten, die sich in Azania tummeln oder dort Fuß fassen wollen, also auch gegen die Sowjetunion. So bietet der PAC die Gewähr, daß Azania nicht zu einem zweiten Angola wird.

Der bewaffnete Kampf wird lange dauern, er wird viele Opfer kosten. Die schändliche Rolle, die der westdeutsche Imperialismus bei der Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes von Azania spielt, bedeutet für unser Volk eine besondere Verpflichtung, unsere afrikanischen Klassenbrüder in ihrem schweren Kampf wirkungsvoll zu unterstützen.

## Rote Hilfe

Ich bestelle: Probenummer   
Abonnement ab Nr. ....

Ich möchte: Informationsmaterial   
besucht werden   
Mitglied der RHD werden

Name .....

Vorname .....

Beruf .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bestellungen an:  
RHD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str.,  
46 Dortmund

Bezahlung auf das Konto: Stadtparkasse  
Dortmund, Nr. 172058531, Chr. Bartels  
Abonnementspreis für 1 Jahr: 6,- DM

### KONTAKTADRESSEN

Bielefeld: „Buchlädchen“, Welle 9, 4800 Bielefeld  
Bochum: Stammtisch jeden 2. Sonntag im Monat, 11 Uhr, Bochum-Langendreer, Gaststätte „Koke“  
Ecke Wittenberg/Wartburgstr.

Bremen: Buchladen Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Do. und Fr. 16 - 19 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr  
Buxtehude: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30, in der „Kogge“, Bahnhofsstr.

Dortmund: Büro Stollenstr. 12, Eing. Clausthaler Str., Tel. 811912, Di-Fr. 17.00-18.30, Sa. 10.00-12.00 Uhr,

Duisburg: Stammtisch: jeden 2. Donnerstag im Monat, „Zum goldenen Stern“, Du-Neudorf, Sternbuschweg/Akazienstr., 20 Uhr

Frankfurt: Kontakt über „Buchladen Roter Morgen“, Burgstr. 78, Mi. 17-18,30 Uhr

Gießen: Stammtisch jeden letzten Freitag im Monat, 19.30 Uhr, „Deutscher Michel“, Troppauerstr.,  
Hamburg: Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110

Hannover: Ingolf Trinkus, Postfach 911103, 3000 Hannover 91  
Kassel: R. Wengler, Kölnische Str. 76

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi. und Fr. 16-18 Uhr.

Lübeck: Stammtisch jeden Donnerstag, 19 Uhr, Im Alten Strecknitzfahrer Amtshaus, Harten-  
Marburg: Stammtisch: 21. 6. 76, Lahnbrücke grube

München: Kontakt jeden Freitag 19.00 Uhr, Gaststätte „Brünstein“, Orleansstr./Ecke Elsässerstr.  
am Ostbahnhof.

Münster: Stammtisch jeden Di., 19 Uhr, Gaststätte „Augustenburg“, Ecke Augustastr./Friedrich-  
Ebert-Str.

Reutlingen: Horst Groos, Schellingstr. 19, 7410 Reutlingen

Saarbrücken: Stammtisch jeden 1. und 3. Freitag im Monat 19 Uhr, „Kornstuben“, Martin-Luther-  
Str.

Tübingen: Volker Nieber, 74 Tübingen 9 (Pfrondorf), Lusstr. 31

Westberlin: Büro: Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang Gottschedsstr., Öffnungszeiten: Di.  
und Do. 17-19, Sa 11-13 Uhr. Tel. 461 5398.

Herausgeber: Zentrale Leitung der RHD. Selbstverlag. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Kwoll.  
Redaktion und Vertrieb: Stollenstr. 12, 46 Dortmund, Tel. (0231) 811912. Druck: Alpha-Druck  
GmbH, Dortmund



# Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

## Terrorurteil gegen die Rote Hilfe

### 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Michael Banos

Mit einem Terrorurteil endete am 8. Juli in Dortmund der Prozeß gegen den Genossen Michael Banos, ehemals presserechtlich Verantwortlicher für die Flugblätter der ROTEN HILFE. Genosse Michael wurde zu 7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht ordnete die Einziehung der 6 verurteilten Flugblätter an. Jeder kann frei seine Meinung in Wort und Schrift verbreiten, heißt es so schön im Grundgesetz. Was diese Meinungsfreiheit wirklich wert ist, das zeigt dieses Urteil. 7 Monate soll nun Genosse Michael ins Gefängnis. Einzig und allein deshalb, weil die ROTE HILFE in diesen Flugblättern aufgeklärt hat über den Polizeimord an Genossen Günter Routhier, weil sie informiert hat über die Isolationsfolter in den Gefängnissen und weil sie aufgerufen hat zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen.

Hat das Gericht vielleicht versucht, nach der Wahrheit zu forschen? Nein, nie und nimmer. Hier ging es einzig und allein um die revolutionäre Gesinnung des Genossen Michael. Alle Anträge von Michael und seinem Verteidiger, die den Wahrheitsbeweis für den Inhalt der Flugblätter der ROTEN HILFE führen wollten, wurden vom Gericht abgelehnt. Das Gericht entschied: Das gehört nicht zur Sache, entscheidend ist, daß der Inhalt „beleidigend“ ist, die „Bundesrepublik böswillig verächtlich macht“.

Im Verlauf des Prozesses mußte das Gericht 3 der 8 Anklagen fallen lassen. Ein Verfahren war schon verjährt, bei zwei weiteren waren selbst dem Staatsanwalt die Beweise zu dünn. Jeder normale Mensch denkt nun, daß jetzt auch das Urteil geringer ausfallen wird, als in der 1. Instanz. Weit gefehlt. Das Gericht hob das Urteil des Dortmunder Amtsgerichts auf und verhängte für 4 Flugblätter gegen die Isolationsfolter 6 Monate, für ein Flugblatt zum Mord an Günter Routhier 3 Monate und für ein Flugblatt, das einen Richter als „erbärmlichen Büttel der Kapitalistenklasse“ bezeichnet hatte, 1

verteidigen, er soll zu Kreuze kriechen. Macht er das nicht, ist das ein Grund, ihn sofort ins Gefängnis zu stecken.

### Eine neue Stufe des Justizterrors

Bisher hat die bürgerliche Klassenjustiz Tausende DM an Geldstrafen gegen revolutionäre und kommunistische Redakteure verhängt. In einigen Fällen auch Gefängnis auf Bewährung. Jetzt reicht ihnen das schon nicht mehr. Dieses Urteil setzt neue Maßstäbe. Kommunistische Redakteure sollen ins Gefängnis. Damit will die Bourgeoisie von vorneherein verhindern, daß ihre Verbrechen an die Öffentlichkeit gebracht werden. Ist das keine politische Unterdrückung? Eine solche Praxis der Justiz gibt es in Europa derzeit außerdem nur in Spanien und in den sozialfaschistischen Diktaturen, die unter der Oberhoheit der Kremldaren stehen.

Die Herren in Bonn versuchen ja immer den Eindruck zu erwecken, ihre ganzen Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit“ würden sich nur gegen die RAF richten. Aber mit diesen Urteilen beweisen sie erneut, daß das nur eine Propagandalüge ist, um die zunehmende politische Unterdrückung in unserem Land zu tarnen. Diese richtet sich nicht nur gegen einen handvoll revolutionärer Einzelkämpfer. Sie richtet sich in erster Linie gegen die Kommunisten und Revolutionäre der Arbeiterklasse. Darüberhinaus aber ist das ganze werktätige Volk die Zielscheibe der Angriffe der Bourgeoisie.



Genosse Michael Banos

faßt bedeutete das 7 Monate ohne Bewährung, während Michael im ersten Prozeß zu 7 Monaten mit Bewährung verurteilt worden war.

Doch der Gipfel des Zynismus war die Begründung dafür, daß Michaels Strafe auf keinen Fall zur Bewährung ausgesetzt wird. Das Gericht entschied: Ein Urteil auf Bewährung ist gesetzlich ausgeschlossen, weil Michael in der Verhandlung keine Einsicht und Reue gezeigt habe, weil er sich nicht von den Flugblättern distanziert habe. Das bedeutet: Ein Revolutionär

# Die Rote Hilfe vor Gericht

## Rede des Genossen Michael Banos

7 Monate Gefängnis auf „Bewährung“, 900 DM Geldstrafe, so lautete das erste Urteil in diesem Verfahren. Die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt. Die Gefängnisstrafe müsse vollzogen werden, weil ich „ohne die Einwirkung des Strafvollzugs weiter solche strafbaren Handlungen begeben“ würde. Außerdem würde die „Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der Strafe gebieten.“ So steht in der Berufungsrechtfertigung der Staatsanwaltschaft. Ich gehe davon aus, daß das Gericht dieser Anweisung folgen wird.

Also erwartet mich eine Gefängnisstrafe, das ist sicher. Aber trifft mich das? Habe ich deswegen Angst vor dem Urteil? Keineswegs – ich möchte hier an die Genossen erinnern, die schon seit Monaten im Gefängnis sitzen, oder gerade herausgekommen sind, wie die Genossen Heinz Baron, Sascha Haschemi, Genosse Bernd Reisser, Hubert Lehmann, an Genossen Schorsch Schmidt. Sie haben, wie zu jeder Zeit die Kommunisten in den Kerkern des Klassenfeindes, sich nicht brechen lassen. Sie blieben fest und aufrecht, geleitet durch ihre Partei, die KPD/ML, die Gefängnismauern als Grenzen nicht kennt, unterstützt durch die Solidarität vieler Werktätiger, Freunde und Genossen, die von der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS organisiert wurden und werden. Ja – sie arbeiten sogar im Gefängnis noch für die Sache der Arbeiterklasse und für die Revolution! Dieses Beispiel der Genossen in Haft gibt auch mir die Kraft, diesen Prozeß revolutionär zu führen, keinen Zentimeter zurückzuweichen, die Strafe nicht zu fürchten! Aus dem Gerichtssaal ein Gruß an die Genossen im Gefängnis, an alle politischen Gefangenen!

## Die Gesinnung ist frei, solange sie nicht revolutionär ist.

Warum stehe ich heute wieder vor Gericht? Angeblich wegen Straftaten gegen die Paragrafen 90a, 185, 138/140 (böswillige Verächtlichmachung der BRD, Beleidigung, Billigung von Verbrechen) usw. In Wirklichkeit aber richtet sich dieser Prozeß gegen die Rote Hilfe. Ihren Kampf verbieten, die Genossen ins Gefängnis werfen, alle die unseren Kampf unterstützen, einzuschüchtern, — das ist das Ziel dieses Prozesses.

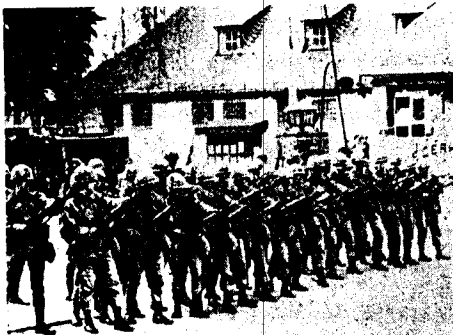
Entscheidend für die Verurteilung ist unsere Gesinnung. Die Urteilsbegründung der ersten Instanz sagt das ganz deutlich. Ich zitiere:

„Eine politische Einstellung allein kann zur Überzeugung des Gerichts nicht zu einer Erhöhung des Strafmaßes führen, da nicht die Gesinnung als solche bestraft werden kann. Wenn jedoch wie hier der Angeklagte äußert, daß er den herrschenden Staatsapparat und die Klassenjustiz zerschlagen will und mit allen Mitteln dafür eintritt, daß dieses nur auf revolutionärem Wege und mittels Gewalt geschehen soll, so muß sich der Angeklagte gefallen lassen, daß dieser Staat, den er zerschlagen will, sich

dagegen wehrt. Aus diesen Gründen kommen für die genannten strafbaren Taten des Angeklagten nur empfindliche Freiheitsstrafen in Betracht.“ Also, die Gesinnung ist frei, solange es keine kommunistische, keine revolutionäre Gesinnung ist.

## Die Klassenkämpfe wachsen an.

Dieser Prozeß findet nicht im luftleeren Raum statt. Wie ist denn die Situation in unserem Land? Überall wird laut die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ beschworen, wird versucht, diesen Staat als eine persilweiße, parlamentarische Demokratie darzustellen. Aber diese Fassade bröckelt. Gewarnt durch verschiedene Ereignisse und Entwicklungen bereitet sich die Bourgeoisie darauf vor, zur Aufrechterhaltung ihrer



Für eine wirkungsvolle Reduzierung der Lärmbelastigung durch den benachbarten amerikanischen Hubschrauber-Flugplatz und gegen alle Erweiterungspläne dieses Geländes gingen im heisstischen Langendie-



bach (Krele Hanau) die Bürger auf die Straße. Den Zugang zum Flugplatz hatte amerikanische Militärpolizei abgesperrt. Mit gefülltem Gewehr waren die Soldaten gegen die Demonstranten aufmarschiert.

Macht, der Macht der Ausbeuter und Unterdrücker, den Faschismus wieder einzuführen, die offen terroristische Diktatur über die Arbeiterklasse und das ganze Volk.

Was sind das für Tendenzen und Ereignisse, die der Bourgeoisie zunehmend Angst machen? Ich möchte einige nennen. Die Streiks der Arbeiter in den letzten Jahren. In diesen Kämpfen lernt die Arbeiterklasse Freund und Feind zu unterscheiden – immer öfter richten sie sich auch gegen den imperialistischen, arbeiterfeindlichen DGB-Apparat, der eine wichtige Rolle im System der politischen Unterdrückung in Westdeutschland spielt. Bei Ford in Köln, bei Hella in Lippstadt gelang es der Bourgeoisie nur mit brutalem Polizeiterror, der Kämpfe Herr zu werden. Aber das war nur ein vorübergehender Erfolg der Bourgeoisie. Die Betriebsbesetzung, der einjährige Streik bei Seibel in Erwitte, der Kampf der Arbeiter von Kalletal setzten neue Zeichen. Die Kämpfe der Landbevölkerung von Nordhorn, von Whyll fanden und finden breite Unterstützung.

Überall im Lande flackern Mieterkämpfe auf... Der Wucher der Baukapitalisten und Konzerne wird nicht mehr kampflös hingenommen. Militante Strassenschlachten im Frankfurter Häuserkampf.

Das alles bereitet der Bourgeoisie große Sorgen. Immer wieder kommt es zu machtvollen Aktionen zur Unterstützung des Kampfes der Völker der Dritten Welt. Auch in unserem Land wächst der Haß auf die beiden Supermächte, die Hauptkriegstreiber und Hauptfeinde der Menschheit. Die Demonstrationen in Dortmund gegen den Besuch Breshnews 1973: Brutaler Polizeiterror gegen Demonstranten und Bevölkerung. Über 1000 Menschen werden verhaftet, in Bunkern eingekerkert. Aber es gelingt deutlich zu machen: Der Kremlzar, der neue Hitler aus Moskau hat in unserem Land nichts zu suchen.

Und auch die Bomben auf die Hauptquartiere der amerikanischen Besatzertruppen in Westdeutschland sind berechtigter Ausdruck des Hasses auf den US-Imperialismus, diesen großen internationalen Ausbeuter und Völkermörder. Und im eigenen Land wächst der Bourgeoisie ihr Todfeind heran, die revolutionäre Partei des Proletariats, die KPD/ML, der es sogar gelingt, unter den Bedingun-

gen der sozialfaschistischen, brutalen Diktatur in der DDR die Partei zu gründen und aufzubauen.

Und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS!

Erfolgreich entwickelt sich diese revolutionäre Kampforganisation gegen die politische Unterdrückung. Sie organisiert die praktische Solidarität der werktätigen Massen mit den politischen Verfolgten. Sie unterstützt die Kämpfer gegen Polizeiterror und Justizbrutalitäten. Die Genossen im Gefängnis spüren laufend die breite Solidaritätsbewegung mit ihnen. Das hilft ihnen die Zeit im Gefängnis ungebrochen zu überstehen. In einer breiten Kampagne klärt die RHD über die politische Unterdrückung auf, und sie ruft mit wachsendem Erfolg dazu auf, die Front gegen politische Unterdrückung zu stärken. All das stört natürlich empfindlich die Pläne der Bourgeoisie.

## Nieder mit der Faschisierung!

## Nieder mit der Faschisierung !

Wir haben heute noch keine revolutionäre Situation. Aber aus all diesen Kämpfen, auch aus teilweisen Niederlagen und Fehlern, lernt die Arbeiterklasse und das Volk. Wir ziehen Schlüsse und sammeln Erfahrungen. Das alles hilft uns, uns vorzubereiten auf den großen revolutionären Sturm, der eines Tages das ganze kapitalistische System von Ausbeutung und Unterdrückung hinwegfegen wird.

Aber die Bourgeoisie wird ihre Macht nicht freiwillig hergeben. Sie rüstet schon heute wieder, um sich mit faschistischer Unterdrückung dem Ansturm des Volkes entgegenzustellen.

Gerade an den Ereignissen der letzten Monate läßt sich das beweisen. In einer beispiellosen Kampagne werden neue Gesetze gegen das Volk erlassen, wird die Faschisierung vorangetrieben:

Da ist die Neufassung von Paragraph 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und Paragraph 126 (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten.) Nach diesem Gesetz kann schon bis zu 3 Jahren Gefängnis bekommen, wer als Redakteur die gerechte Gewalt der Volksmassen, (wie z. B. in Whyl) unterstützt, oder aber zu Straßenbahnblockaden und Hausbesetzungen aufruft. Insbesondere wird mit diesem Gesetz jede Propaganda für die gewaltsame sozialistische Revolution als Aufruf zu Gewalttaten untersagt.

Da sind die Änderungen der Strafprozeßordnung. In Gerichtsverhandlungen gegen Revolutionäre werden Verteidiger ausgeschlossen, wird gegen sie Berufsverbot ausgesprochen, sollen sie kriminalisiert werden. Die Angeklagten sind völlig rechtlos, es kann auch ohne sie verhandelt werden. Der Terror im Gerichtssaal nimmt zu. Wir sind nicht mehr weit entfernt von Zuständen, wie sie im faschistischen „Volksgerichtshof“ herrschten.

Eine Welle von Berufsverboten geht durch das Land. Wer heute als Lehrer, Anwalt, öffentlicher Angestellter oder Beamter seine fortschrittliche Gesinnung zeigt, wer sich an revolutionären Veranstaltungen oder Demonstrationen beteiligt, dem will der bürgerliche Staat seine Existenz vernichten. Und der Kreis der Betroffenen wächst.

Ja, Lehrer bzw. Beamte überhaupt sind von nun an nach dem Gesetz verpflichtet, Informationen über „verfassungsfeindliche Umtriebe“ an den Verfassungsschutz weiterzugeben. Sie sollen also gegen Eltern und Kinder ebenso wie gegen ihre eigenen Kollegen zu Denunzianten werden.

Und erst vor einigen Tagen wurde ein neues Bündel Gesetze verabschiedet. Gegen „terroristische Vereinigungen“. Da wird die faschistische Vorbeugehaft gegen Revolutionäre wiedereingeführt, das Denunziantenwesen staatlich befohlen.

# Der Kampf der Roten Hilfe

## Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand !

Die Empörung über diese Maßnahmen ist groß. Überall im Land regt sich der Protest gegen Polizeimorde und Berufsverbote, gegen Gesinnungsschnüffelei und Justizterror. Immer weniger lassen sich die Werktätigen von diesem ganzen Unterdrückungsapparat einschüchtern. Immer öfter greifen sie selbst zur gerechten Gewalt und kämpfen gegen die Polizei. Der Streik der Druckereiarbeiter, die militante Verteidigung der Blockaden gegen die Polizei haben dies deutlich gezeigt. Zahlreiche Demonstrationen finden statt gegen die politische Unterdrückung und auch unter der Intelligenz, den Wissenschaftlern und Künstlern wächst der Widerstand gegen die schleichende Faschisierung.

Das gilt im übrigen auch besonders für das Ausland:

In unseren Nachbarländern, in Frankreich, Belgien, in Holland und in den skandinavischen Ländern werden Stimmen der Empörung und der Besorgnis laut. Unsere Nachbarvölker, die schon

einmal unter dem deutschen Imperialismus gelitten haben, die vom Hitlerfaschismus besetzt und unterdrückt wurden, ziehen zu Recht teilweise Parallelen zum Nazireich.

## Der Mord an Günter Routhier

Konkret zur Anklageschrift: Ein Großteil der Anklage behandelt Flugblätter, die die ROTE HILFE im Zusammenhang mit dem Mord der Polizei an Günter Routhier herausgegeben hat. Am 5. Juni wurde auf die Zuschauer eines Arbeitsgerichtsprozesses in Duisburg ein faschistischer Polizeiüberfall gestartet. Um den kommunistischen Mannesmannarbeiter Hanfried Brenner an seiner Anklage gegen das bürgerliche Klassengericht zu hindern, die er auch an die Duisburger Bürger richtete, kommt eine Horde politischer Polizei in den Gerichtssaal gestürmt, schlägt auf alle wie wild ein.



Genosse Günter Routhier

Sie kennen Genossen Günter, der als Zuschauer dabei ist. Sie wissen, er ist Sympathisant der KPD/ML, sein Sohn ist Rotgardist. Sie wissen, er ist schwer krank.

Aber sie prügeln wie wild auf ihn ein. Er schleudert in die Stuhlreihen, er wird eine Treppe hinuntergestoßen, im Polizeiauto schlägt sein Kopf immer wieder auf den Boden des Fahrzeugs. Im Gefängnis bekommt er keine medizinische Hilfe. Einige Tage darauf stirbt der Genosse.

War das kein „brutaler, heimtückischer, vorsätzlicher Mord“, wie wir es gesagt haben?

Doch der Terror ging noch weiter

Als hunderte Freunde und Genossen und viele Werktätige dem Genossen - er war noch kurz vor seinem Tod in die KPD/ML aufgenommen worden - das letzte Geleit geben wollten, - wieder ein faschistischer Polizeieinsatz. Begleitet von einer Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse trat ein Riesenaufgebot von Polizei auf den Plan. Kaum formierte sich der Trauerzug, da prügeln die Polizisten drauflos, Kränze wurden zerfetzt, hunderte Trauergäste festgenommen, Trauerfahnen als „Waffen“ sichergestellt. „Ihr Terror macht auch vor dem Grab nicht halt“ schrieb damals völlig richtig der ROTE MORGEN. Ein solches Vorgehen hatten sich nicht einmal die chilenischen faschistischen Militärs erlaubt, als das Volk seinen Dichter und Antifaschisten Pablo Neruda zu Grabe trug.

Trotzdem gelang es, dem ermordeten Genossen ein würdiges Begräbnis zu geben.

Und vor allem, - zu diesem Zeitpunkt war diese Schlacht für die Bourgeoisie schon verloren, der Versuch, ihre Schandtaten zu verheimlichen war schon gescheitert. Überall im Land kämpfte die KPD/ML und verbreitete die Wahrheit: „Die Polizei hat einen Kommunisten erschlagen.“

Die ROTE HILFE - Gruppen in Westdeutschland und Westberlin nahmen auch den Kampf auf: „Mordanschlag“ - „Polizeimord“ ! hieß es auf Tausenden von Flugblättern. In einer ersten großen Aktion im ganzen Bundesgebiet und Westberlin führte die ROTE HILFE den Kampf gegen den Polizeiterror, gegen den Versuch diesen Mord zu verheimlichen. „Kampf der politischen Unterdrückung“ „Schafft ROTE HILFE“, überall in allen großen Städten konnte man diese Parolen lesen. Immer mehr Menschen halfen mit, die Wahrheit zu verbreiten. In einigen Städten gründeten sich neue ROTE HILFE-Gruppen .

Mit einer bislang beispiellosen Prozeßwelle will die bürgerliche Klassenjustiz gegen die Verbreitung der Wahrheit vorgehen. Über tausend Verfahren werden eingeleitet. „Beleidigung der Polizei, des Staates, Volksverhetzung“, heißt es da. Aber was geschieht in den Prozessen ?

Die Angeklagten werden zu Anklägern. Sie klagen die Polizei an, die bürgerliche Klassenjustiz. Trotz der vielen Terrorurteile in diesen Verfahren erreicht die Bourgeoisie nicht ihr Ziel, die Wahrheit zu unterdrücken. Diese Verfahren werden zu einem Bumerang für die Bourgeoisie. Viele Zeugenaussagen, ein medizinisches Gutachten beweisen unsere Aussagen. Und die Roten Helfer nutzen jeden dieser Prozesse aus, um über den Tod des Genossen Günter und die Rolle der Justiz zu informieren. In unermüdlicher Kleinarbeit, beim Flugblattverteilen, bei Informationsständen, auf Veranstaltungen und Demonstrationen berichten sie von den Prozessen und laden dazu ein. Und mancher, der noch zweifelnd an unseren Worten einen solchen Prozeß besucht, hat sich anschließend spontan der Roten Hilfe angeschlossen.

Heute, 2 Jahre nach dem Tod des Genossen, ist die Tatsache „Die Polizei hat einen Kommunisten erschlagen“ breiter als je bekannt. Die Wahrheit läßt sich nicht verbieten. Die Zahl derer, die gegen die Prozeßwelle der bürgerlichen Klassen-

justiz kämpfen, hat sich vervielfacht.

Auf Initiative der ESG (Evangelische Studenten - Gemeinde) hat sich ein Komitee gebildet, das die sofortige Einstellung all dieser Verfahren fordert. Viele prominente Schriftsteller, Professoren, Intellektuelle unterstützen diese Forderung. Und auch im Ausland herrscht Empörung über diesen Fall:

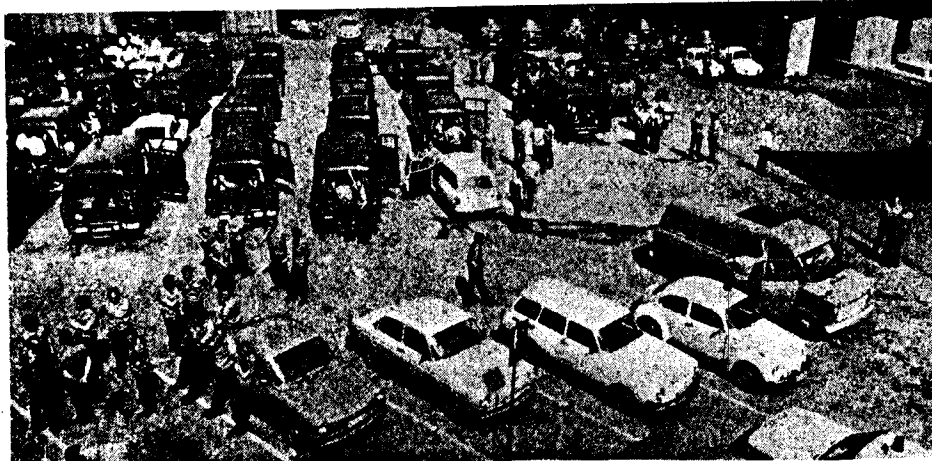
Eine holländische Zeitung stellt kritische Fragen. Im Fernsehen dort kann die Frau des ermordeten Genossen in einer Sendung über den Mord an Günter berichten.

Und noch eins zum Schluß. Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Wir werden nicht ruhen, bis die Schuldigen an diesem Mord, und all die Mitschuldigen, die diese Terrorwelle der bürgerlichen Klassenjustiz zu verantworten haben, bestraft sind.

Dabei können wir natürlich nicht auf die bürgerlichen Gesetze bauen, sondern allein der Kampf der werktätigen Massen wird erreichen, daß diese Schandtaten eines Tages bestraft werden.



Holger Meins (nach der Obduktion)  
Durch Aushungern ermordet.



Auf dem Hof der Polizeiunterkunft in Neudorf fand das „große Warten“ auf den Einsatz statt. Die Polizeikräfte waren aus dem gesamten Ruhrgebiet zusammengezogen worden. WAZ-Bild: Anhö

## Der Kampf gegen die Isolationsfolter

Im Sommer und Herbst 1974 war die ROTE HILFE besonderes Ziel der Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz. Warum?

In einer großen einheitlichen Kampagne mit zentraler Leitung, die sich die Rote-Hilfe - Gruppen geschaffen hatten, griffen wir ein besonders wichtiges Thema auf, informierten wir über ein besonders schweres Verbrechen der Bourgeoisie: Wir stellten eine breite Öffentlichkeit her zu den Zuständen in den Gefängnissen, zu der Behandlung der politischen Gefangenen. Wir durchbrachen die Mauer des Schweigens über die Folter in den Gefängnissen der BRD!

Die politischen Gefangenen waren unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert. Vor allem die Folter durch totale Isolation sollte den Kampfswillen der politischen Gefangenen brechen. Vor Gericht sollten nur noch Wracks, Kranke auftauchen, die ihre Taten nicht mehr verteidigen können. Oder aber, sie werden kaputtgemacht.

Isolationsfolter, das bedeutet Unterbringung in schalldichten Einzelzellen in den toten Trakts der Gefängnisse. Das bedeutet körperliche Folterung durch

lose Mediziner stellen sich in den Dienst der bürgerlichen Klassenjustiz und arbeiten an der Folter mit.

Die Wirkung solcher Methoden sind längst wissenschaftlich untersucht und bekannt. Ein amerikanischer Psychiater, Delgado sagte:

„Erschöpfung und Reduktion von Sinesindrücken rufen bekanntlich geistige Störungen hervor und bauen Verteidigungsmechanismen ab. Diese Methoden sind bei Gehirnwäsche oder ‚Reformierung der Gedanken‘ benutzt worden, um Gefangene zu indoktrinieren.“

Dieser zweite Zweck der Isolationsfolter ist natürlich gerade bei politischen Gefangenen von Interesse. Besser noch als ein toter Revolutionär ist für die Bourgeoisie ein Revolutionär, der seine Sache verrät, zum Propagandisten der Bourgeoisie wird.

Die politischen Gefangenen nahmen dagegen im Herbst 74 den Kampf auf. Mit ihrem Hungerstreik versuchten sie, gegen die unmenschlichen Haftbedingungen als letztes Mittel ihr Leben einzusetzen.

Der Bourgeoisie, der bürgerlichen Klassenjustiz dem Strafvollzug war

das egal. Sie verstärkten ihren Terror noch durch den mörderischen Trinkwasserentzug.

Am 9. November 74 starb Holger Meins, ermordet. Opfer der Vernichtungsstrategie gegen Revolutionäre.

Die Arbeit der ROTEN HILFE in dieser Zeit ist der umfassendste Punkt in diesem Verfahren. Warum?

Weil wir besonders dafür bestraft werden sollen, daß wir der Bourgeoisie die Maske heruntergerissen haben, weil wir gezeigt haben, was hinter dieser „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ steckt: Daß dieser Staat gegen revolutionären Widerstand mit Terror reagiert, daß er bereit ist, für die Aufrechterhaltung der Macht der Kapitalisten faschistischen Terror anzuwenden. Denn was anderes sind Folter und Vernichtungshaft an politischen Gefangenen!

Die Arbeit der ROTE-HILFE-Gruppen und anderer, die sich für die politischen Gefangenen einsetzen, hat einiges bewirkt. Nach Beendigung des Hungerstreiks waren die Schandtaten der Bourgeoisie nicht mehr geheim. Die Roten Helfer hatten maßgeblichen Anteil daran, daß sich eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit entwickelte. Viele Wissenschaftler bestätigen, in den Gefängnissen der BRD wird gefoltert, Isolationshaft ist Vernichtungshaft.

Diese Tatsachen unter die Massen getragen zu haben, die Solidarität mit den Betroffenen auf verschiedene Weise zu organisieren, das sind die „Verbrechen“ der ROTEN HILFE. Und vielen Menschen ist heute klar: Die Schuldigen für den Tod der Genossin Ulrike Meinhof sitzen in Bonn und Karlsruhe. Und der riesige terroristische Schauprozeß in Stammheim läuft auch nicht wie geplant, jetzt will man das „Verfahren wesentlich abkürzen“. Schnell weg damit, vom Tisch, – Schwamm drüber? Niemals. Wir schließen die Akten nicht. Der Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen geht weiter.



## Sind Revolutionäre Irre ?

Ein beliebtes Mittel der bürgerlichen Klassenjustiz im Kampf gegen die Revolutionäre ist es, sie als Irre zu diffamieren. Wer die Zustände in einem imperialistischen Staat mit all der Ausbeutung und Unterdrückung nicht normal findet, der kann nicht normal sein. Ich erinnere hier an die üble Kampagne gegen die Genossin Ulrike Meinhof, bei der versucht wurde, ihre Krankheit als Ursache für ihre revolutionäre Haltung auszugeben. Und auch gegen die Angeklagten in anderen politischen Prozessen heißt es immer wieder „Fanatiker“, „durch nichts belehrbar“, „krankhafter Hass auf den Staat“ usw.

Das alles ist nicht neu. Schon immer hat es im Imperialismus das Zusammenspiel von Klassenjustiz, Psychiatrie und Medizinern gegeben. Einerseits ist dies eine üble Hetzkampagne, um ganz bewußt die Revolutionäre vom Volk zu isolieren, andererseits zeigt dieser Versuch, die Ursache der revolutionären Bewegung in den Köpfen der Menschen zu suchen, auch die ganze Unfähigkeit und Rückständigkeit der Bourgeoisie, gerade der bürgerlichen Klassenjustiz, die eben nicht Recht im Sinne von Gerechtigkeit spricht, sondern nach dem bürgerlichen Recht der herrschenden Klassen denkt und urteilt. Einige Beispiele: Im August 1919 veröffentlichte ein Dr. Eugen Kahn von der Psychiatrischen Universitätsklinik in München ein Gutachten über 15 Revolutionäre und teilt diese ein in:  
 -ethisch defekte Psychopathen  
 -hysterische Persönlichkeiten  
 -fanatische Psychopathen  
 und manisch-depressive Psychopathen

Aus dieser „Analyse“ folgert er: „Damit sind wir vor die praktische Aufgabe gestellt, die uns als Irrenärzten aus dem Problem der Psychopathien (also den revolutionären Ideen, Anm. der RH) erwächst. Wir haben einerseits den Psychopathen gerecht zu werden, andererseits die von ihnen ausgehenden Schädigungen der Gesellschaft einzudämmen.“

Also der Irrenarzt als Wächter vor der Revolution. Aber es kommt noch schlimmer:

Um die anatomische Ursache für die revolutionäre Haltung zu untersuchen, regte 1942 ein Professor Hirt bei Himmeler eine Sammlung von Schädeln und Skeletten „jüdisch-bolschewistischer Kommissare“ an. Die SS gab sofort Weisung nach Auschwitz, und dort wurden 115 Personen ausgesucht, ins KZ Natzweiler gebracht, mit Cyanhydrat-Salzen vergast, ihre Leichen in das Anatomische Institut der Reichsuniversität nach Berlin gebracht. Wir sehen, zu jeder Schandtat bereit, die Justiz im imperialistischen Staat im Bund mit reaktionären Wissenschaftlern.

Und heute:  
 Schauen wir in die Sowjetunion, wo die neuen Zaren ein Regime nach der Art Hitlers führen, wo jede Opposition Krankheit ist. Wer sich dem System

nicht fügt, wird von den Richtern als „klinischer Fall“ in Irrenhäuser abgeschoben, wo Folter und Terror herrschen. Und ähnliche Fälle werden jetzt auch aus der DDR bekannt.

Und bei uns:  
 Ich sprach schon den Fall der Ulrike Meinhof an. Die Bild-Zeitung meldete am 5.6.72: „Der Schreck der Nation—ein Fall für den Psychiater? So ist es!“ Und der berühmte Professor Witter, der sie untersuchen sollte, stellte, nachdem er sie kaum 5 Minuten gesehen hatte, gegenüber der Frankfurter Rundschau am 16.8.73 fest: „Ich habe Mitleid mit dieser Person, die sich in einer schrecklichen Situation befindet.“

Die gerichtlich angeordnete Hirn-Szintigraphie, eine gefährliche Gehirnoperation, konnte auf massiven Druck der Öffentlichkeit, von Professoren und Ärzten, von vielen fortschrittlichen Personen und Organisationen verhindert werden. Heute ist Ulrike Meinhof tot. Nicht weil sie krank, irr oder lebensmüde war, sondern die unmenschlichen Verhältnisse in den Gefängnissen, besonders die Isolationshaft ist schuld daran.

Und noch ein Beispiel hier aus Dortmund: da hatte der Kommunistenjäger Staatsanwalt Morree, der sich für seine üble Tätigkeit seinen Stuhl in Karlsruhe wirklich verdient hat, mehrmals Kommunisten in Prozessen hier in Dortmund als „Fälle für den Psychiater“ beschimpft. Ganz deutlich sehen wir die Gemeinsamkeiten dieser ganzen „ehrenwerten Gesellschaft“ der Justiz im Imperialismus im Kampf gegen die Revolution.

Sie wollen einzelne von uns fertigmachen, mit allen Mitteln und können nicht sehen, daß die Revolution nicht in den Köpfen der Revolutionäre entsteht, sondern in der realen, objektiven Wirklichkeit der Gesellschaft.

Als Wilhelm Liebknecht für die damals revolutionäre Sozialdemokratie der Prozeß gemacht werden sollte, sagte er dem Gericht 1872 folgendes:

„Man lacht über das naive Bäuerlein, welches die Quelle der Donau mit dem Fuß abdämmte und vernügt rief:

Wie werden sie sich in Wien wundern, wenn die Donau ausbleibt!“

Nicht klüger sind jene Staatsretter, die das Strombett der sozialdemokratischen Bewegung trocken zu legen vermeinen,

wenn sie brav Vereine und Versammlungen auflösen und die sogenannten „Führer“ und „Hauptkrakeler“ ins Gefängnis befördern.

Die Donau empfängt nicht aus EINER Quelle ihr Wasser, sie empfängt es aus Hunderttausenden, und all diese Hunderttausend Quellen zu verstopfen ist ein Kinderspiel, verglichen mit dem Unterfangen, eine geistige Bewegung zu ersticken,

die, ihre Kraft saugend aus dem Boden der Tatsachen und aus dem Bewußtsein des Rechts, in Hunderttausenden von Herzen Wurzeln gefaßt hat, und die,

machten brutale Standrechtskugeln all diese Hunderttausend Herzen still, auf den Schwingen des Märtyrertums in Millionen lebendiger Herzen getragen würde, bis sie siegt.

Durchblättert das Buch der Geschichte.

Findet ihr nur ein Beispiel von erfolgreicher Unterdrückungspolitik? Nur einen endgültigen Sieg der Gewalt über die Idee?

Findet ihr nicht umgekehrt, daß jeder Versuch der Unterdrückung die Macht der unterdrückten Bewegung gesteigert, ihren Triumph beschleunigt hat?“

So Wilhelm Liebknecht 1872, und das gilt auch heute. Das zeigt auch besonders die Geschichte des Kampfes der bürgerlichen Klassenjustiz gegen die ROTE HILFE seit 50 Jahren.

## Die Unterdrückung der Rote-Hilfe-Bewegung hat Tradition.

Immer schon wurde die Bewegung gegen die politische Unterdrückung bekämpft, auch dieses Gericht macht da keine Ausnahme. Wie sich Mittel und Methoden da gleichen, zeigen einige Beispiele:

1925 : Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS hatte ca.100000 Einzelmitglieder, dazu noch rund 68.000 Mitglieder als Kollektivmitglieder aus verschiedenen Vereinen und Organisationen. Sie ist eine mächtige Kraft und wird von der bürgerlichen Klassenjustiz gehaßt und verfolgt.

2 Urteile: 1925 wird die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wegen eines einzigen Artikels verboten. Er lautete: „Schafft Rote-Hilfe-Organisationen“. Die Begründung für das Verbot: „Durch die Zusicherung einer solchen Unterstützung( gemeint ist die RH-Unterstützung für politische Gefangene) wird erreicht, daß die Mitglieder der KPD sich in ihrem Entschluß, sich für die Ziele des gewaltsamen Umsturzes einzusetzen, dadurch bestärkt werden, daß ihnen die materielle Sorge für sich und ihre Angehörigen abgenommen wird“

Daraus wird dann gefolgert.(Zitat) „die Organisation ROTE HILFE stellt sich demnach als eine Vorbereitung des Hochverrats im Sinne des § 88 dar“

Heute ist es nicht anders. In Kiel wurde im September 1975 eine Spendenammlung der RHD verboten. In der Begründung dazu heißt es: „Eine Sammlung kann verboten werden, wenn Gefahr besteht, daß durch die Verwendung des Sammelertrages die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört wird.“ An anderer Stelle steht: „Die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland kennt weder begrifflich, noch der Sache nach den durch unseren Staat politisch Verfolgten. Offenbar hat die Antragsstellerin eine Personengruppe im Auge, die entweder durch rechtskräftige staatliche Maßnahmen Einschränkungen in ihrem persönlichen Bereich hinnehmen mußte. Es würde nun aber diese rechtmäßigen Maßnahmen unseres Staates zur Abwehr von Verfassungsgegnern vereiteln, wenn gleichzeitig durch materielle und die dadurch zum Ausdruck gebrachte ideale Unterstützung den Verfassungsgegnern geholfen würde.“

Ganz klar sind die Parallelen. Zwar haben wir heute noch keinen Hochverratsprozeß am Hals, aber deutlich wird doch, wie sehr die Bourgeoisie die ROTE HILFE fürchtet.

Ein weiteres Beispiel:

Als die Bourgeoisie als letzte Rettung, um sich und ihr System über Wasser zu halten, 1933 den Faschismus errichtete, da wurde sofort zusammen mit der KPD die ROTE HILFE verboten. Und heute? Wir haben hier jetzt keinen Faschismus, aber die Bourgeoisie bereitet sich darauf vor. Die Faschisierung wird vorangetrieben, um mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Da werden laufend neue Gesetze gegen revolutionäre Organisationen erlassen und die Drohung mit dem §129, „Kriminelle Vereinigung“, in der

Anklageschrift beweist auch, daß die Bourgeoisie auch heute zum Verbot unserer Organisation schreiten wird, wenn sie es für nötig hält.

Was fürchtet denn die Bourgeoisie so sehr? Ein weiteres Beispiel aus Westdeutschland soll das klarmachen. Schon kurz nach dem Ende des Nazireiches saßen die alten Herren schon wieder fest im Sattel. Aber bald gab es auch schon wieder den organisierten Kampf gegen politische Unterdrückung. Da waren die „Aktionsgemeinschaft Demokratischer Juristen“, ADJ und der „Zentralrat zum Schutz der demokratischen Rechte und zur Verteidigung deutscher Patrioten.“

Auch diese wurden bald verboten, und in der Urteilsbegründung heißt es:

„Planmäßige und organisierte Angriffe gegen die Rechtspflege, wie sie vor allem vom Zentralrat unternommen wurden, können eine erhebliche Gefahr heraufbeschwören, weil die Erfahrung lehrt, daß politisch Unzufriedene nur zu leicht

den unsinnigsten, der Wirklichkeit klar widersprechenden Behauptungen Glauben schenken, wenn diese nur mit der nötigen Dreistigkeit aufgestellt und ständig wiederholt werden. Die häufige Folge davon ist, daß sich die Mißstimmung über die Regierungspolitik auf die staatliche Ordnung selbst ausdehnt und so Anhänger dieser Ordnung gegen ihren eigentlichen Willen zu Gegnern gemacht werden.“

Mal abgesehen von der Verachtung, die hier gegen die Massen deutlich wird, kommt doch eins ganz klar heraus, wo die Gefahr für die Bourgeoisie herkommt:

Die Angriffe auf die „Rechtspflege“, auf die bürgerliche Klassenjustiz, machen den Herren natürlich große Sorgen. Der Kampf der ROTEN HILFE unterläuft diese mächtige Waffe der Bourgeoisie, der Terror der Justiz wird zum Bumerang gegen die Bourgeoisie selbst. Indem die ROTE HILFE die Solidarität der Werktätigen organisiert, praktisch hilft, durch unermüdliche Kleinarbeit, Mitgliederwerbung und Sammlungen die größte Not der vom Klassenfeind Verfolgten lindert, wird sie auch zu einer Kraft, die alle Kräfte auf der Seite der Revolution stärkt, und die aktiv am Sturz des kapitalistischen System mitwirkt.

## Unterdrückte von heute - Sieger von morgen



Clara Zetkin, Präsidentin der INTERNATIONALEN ROTEN HILFE

Bei all unserer Arbeit haben wir ein großes Vorbild vor Augen: die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS der 20er und 30er Jahre, die als Sektion der INTERNATIONALEN ROTEN HILFE in enger Verbundenheit mit der KPD Ernst Thälmanns, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs große Siege errang. Die INTERNATIONALE ROTE HILFE arbeitete in 68 Ländern, und umfaßte mehr als 1 Millionen Mitglieder. In einem Artikel zum 10jährigen Bestehen der IRH schreibt Clara Zetkin, damals Präsidentin der IRH unter der Überschrift: Unterdrückte von heute, Sieger von morgen!:

„Ibrenrevolutionären Wesengetreu, greift die INTERNATIONALE ROTE

HILFE selbst als geschichtsgestaltende Kraft in den unversöhnlichen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein, den Blick klar, fest ihrem Ziele zugewandt. Ihre Tätigkeit war in den 10 Jahren darauf gerichtet, als Massenorganisation überall in der Welt größte Massen der mit Hand und Hirn schaffenden zum rastlosen, opferbereiten Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus zu wecken, zusammenzuschließen und zu schulen.

Sie schuf damit Massenkräfte für die Weiterführung der vom Roten Oktober siegreich begonnen proletarischen Revolution, die den Werktätigen die Macht sichert, die für ihr Schicksal entscheidenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu formen und zu beherrschen - mit anderen Worten: Geschichte zu machen, nicht zu erdulden.“

(„Unterdrückte von heute – Sieger von morgen“, Broschüre der RHD S. 4/5)

Schon damals wurde von der ROTEN HILFE erkannt, daß eine Frage von besonderer Bedeutung ist „Die ROTE HILFE muß bei ihrem Wirken den Werktätigen aufzeigen, wo ihre zuverlässigen Freunde, wo ihre offenen Feinde stehen, wer sie auf Irrwege locken will.“ (ebenda S.23)

Damals galt es, vor allem dem Einfluss der Parteien der 2. Internationale zu begegnen, die dafür arbeiten, „daß den Werktätigen die Illusion des Reformismus erhalten bleibe, nämlich, daß der Stimmzettel ein Freifahrtschein sei, welcher durch den Torweg der formalen bürgerlichen Demokratie aus dem Kapitalismus in die sozialistische Ordnung rubig und friedlich hinüberführe.“ (ebenda S.25)

# Die modernen Revisionisten - Helfer der Bourgeoisie und Feinde der Roten Hilfe

Heute gilt dieser Kampf dem modernen Revisionismus, dem Hauptfeind in der Arbeiterbewegung! Der moderne Revisionismus verdreht und verfälscht alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung. Er setzt alles dran, um die werktätigen Massen davon abzuhalten, den Weg der gewaltsamen Befreiung vom Joch der Ausbeuter und Unterdrücker zu beschreiten, er will ihnen den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ aufschwätzen.

Dementsprechend bekämpft er wütend jede revolutionäre Aktion, wie z.B. den militanten Kampf gegen die Polizei. Stattdessen lähmt er mit seinen Wunderrezepten von Mitbestimmung und antimonopolistischer Demokratie den Willen und die Kampfkraft der Werktätigen und spaltet sie, während ihre einheitliche Zusammenschweißung als vorwärtsdrängende Klasse das Gebot der Stunde ist! Der Kampf der ROTEN HILFE gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz muß sich daher mit unerbittlicher Schärfe und Wucht auch gegen den modernen Revisionismus richten!

Die Hauptkraft des Revisionismus bildet heute die D.,K“P. Die D.,K“P erzählt die Lüge von der „Gerechtigkeit“ bürgerlicher Gerichte, von der neutralen Haltung des Staates zum Klassenkampf, von der Möglichkeit der Versöhnung mit den Todfeinden!

Die ROTE HILFE bekämpft solche Illusionen, denn sie dienen dazu, die Unterdrückerherrschaft zu verewigen und das Volk weiter unter die Knute der Imperialisten zu pressen. In unserem Programm heißt es dazu: „Wenn die D.,K“P/„S“EW und Konsorten den Terror der Bourgeoisie als einzelne Ausrutscher hinstellen und dagegen dem Volk den Weg der Bitten, der Reformen und Petitionen vorschlagen, zeigt dies nur, daß sie die politische Unterdrück-

*kung des Volkes verewigen wollen und auf der Seite unserer Todfeinde stehen. Die Perspektive, die sie bieten, ist, den Kerker in der Bundesrepublik mit dem Kerker in der DDR zu tauschen.“*

Doch die Revisionisten betreiben nicht nur die ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse durch ihre bürgerlichen Theorien. Sie nehmen auch aktiv an der politischen Unterdrückung teil. Wir müssen sie vor allem an ihren Taten messen! Auf welcher Seite der Barrikade stehen denn Leute, die Revolutionäre denunzieren, für ihren Rausschmiß aus Betrieb und Gewerkschaft arbeiten, die die Rolle des Gendarmen für die Kapitalisten spielen.

Auf welcher Seite der Barrikade stehen denn die Leute, die Revolutionäre hetzerisch als „Chaoten“ und „Maoten“ bezeichnen, die ihre Veranstaltungen gegen Kommunisten von Polizeiknüppelhorden beschützen lassen, und auch nicht zögern, mit diesen gegen uns vorzugehen! Es ist daher auch kein Zufall, daß die ganzen Gesetze gegen den sogenannten Terrorismus, gegen die revolutionäre Presse usw. alle ohne Ausnahme die Tätigkeit der D.,K“P nicht betreffen. Ihre Tätigkeit liegt eindeutig im Interesse der herrschenden Klasse.

Außerdem wollen sie uns ein faschistisches Regime, wie den heutigen sowjetischen Sozialimperialismus als Sozialismus verkaufen und preisen Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl als „Friedensinstrumente“. Wir haben es hier mit einer gefährlichen Agentur des Klassenfeindes in der Arbeiterbewegung zu tun.

Das sind Feinde der Revolution und Freunde der Unterdrücker!! Sie und ihre Spießgesellen werden von der ROTEN HILFE bekämpft!!

Ob durch den staatlichen Terror der Bourgeoisie und ihre Helfer, oder durch das Gift der Ideologie von der Klassenversöhnung: Die ROTE HILFE ist wachsam und gewappnet – wir werden uns vom Kampf gegen politische Unterdrückung durch nichts abhalten lassen!

Im Programm der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS heißt es:

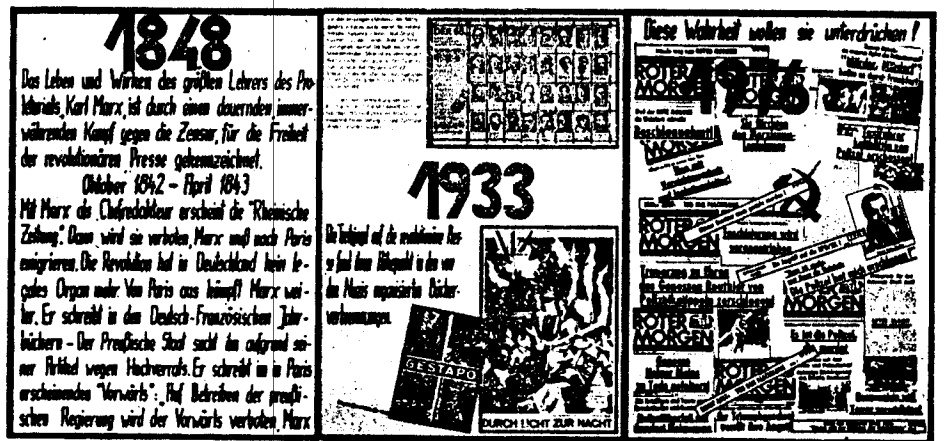
*„Überall da, wo das Volk unterdrückt wird und sich dagegen erhebt, ist die Kampffront der ROTEN HILFE. Sie entfaltet so breit wie möglich die proletarische Massensolidarität mit allen revolutionären politisch Verfolgten. Jedermann kann, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg, Mitglied der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sein, wenn er sich in die aktive revolutionäre Solidaritätsfront einreißt.“*

Und diese Kampffront wächst, wird stärker. Die Erfolge im Kampf der ROTEN HILFE sind Ziel dieses Prozesses. Mächtige Angst hat der Klassenfeind bekommen, mächtige Angst vor der immer breiter werdenden Kampffront gegen die politische Unterdrückung. Dieser Prozeß soll uns zurückwerfen. Meine Verurteilung soll eine Einschüchterung sein für jedes Mitglied der ROTEN HILFE, für jeden Kämpfer gegen die politische Unterdrückung. Aber, obwohl ich mir keine Illusionen darüber mache, wie das Urteil ausfallen wird, eins ist sicher: Das Ziel, die ROTE HILFE einzuschüchtern, vom Kampf abzuhalten – das wird die bürgerliche Klassenjustiz mit diesem Prozeß niemals erreichen.

## Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz ! Vorwärts mit der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS !



Diese Broschüre enthält Dokumente aus der Arbeit der RHD in den 20 er und 30er Jahren. Vor allem der Aufsatz von Clara Zetkin „Unterdrückte von heute, Sieger von Morgen“ ist für jeden Roten Helfer wichtig. Die Broschüre kostet 2,50 DM. Erhältlich bei der RHD.



Aus Anlaß des Prozesses gegen den ROTEN MORGEN hat die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS unter dem Titel „Freiheit für den ROTEN MORGEN!“ eine „Bildmappe über die Verfolgung der fortschrittlichen und kommunistischen Presse früher und heute“ herausgegeben. Die Bildmappe, die aus 18 Plakaten besteht, zeigt anhand der Geschichte der letzten 150 Jahre in Deutschland auf, wie die Bourgeoisie immer wieder versucht hat, die revolutionäre und kommunistische Presse des Proletariats zu unterdrücken, wie sie Strafen verhängte, Verbote erteilte. Die Plakate zeigen aber auch, wie dennoch, trotz Verbot, trotz auch offen faschistischer Unterdrückung, die kommunistische Agitation und Propaganda von den Kommunisten verbreitet wurde. Die Bildmappe, die im Format, DIN A 3 erscheint und im Schwarz-Rot-Druck hergestellt ist, kann zum Preis von 12 DM bei der RHD bestellt werden.

Fortsetzung von S. 1

Überall, wo die Werktätigen entschlossen für ihre Interessen kämpfen, tritt die bürgerliche Klassenjustiz auf den Plan. Sie beschlagnahmt Flugblätter von Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke wie kürzlich in Hamburg, sie schickt streikenden Druckereiarbeitern, die Blockaden gegen Streikbruch organisierten, Angeklageschriften ins Haus, genauso wie den Bauern, die gegen Truppenübungsplätze kämpfen. Hunderte von Jugendlichen, die an Fahrpreisdemonstrationen teilgenommen haben, sind schon abgeurteilt worden. Fortschrittlichen Künstlern und Schriftstellern wird das Verbot ihrer Werke angedroht – und einige wurden auch schon beschlagnahmt –, wenn sie ein realistisches Bild von der Brutalität der Polizei zeigen. So hat man z. B. Heinrich Böll gedroht wegen seines Buches „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“. Das zeigt, wer in den Augen der Bourgeoisie alles zu den „Terroristen“ zählt, die „hart bestraft werden müssen.“

## Ein massiver Angriff auf die RHD

Das Urteil gegen Michael Banos soll natürlich vor allem die ROTE HILFE treffen. Ihr Kampf soll unterdrückt werden, jedem Mitglied soll Angst gemacht werden. Die Solidarität mit den politisch Verfolgten soll kriminalisiert werden. Das zielt darauf ab, die Spenden in den Sammelbüchsen der RHD, die Proteste und aufklärenden Aktio-

In den nächsten Wochen (der Termin steht noch nicht fest) steht die RHD erneut vor Gericht. Dieter Kwooll, der verantwortliche Redakteur für die Zeitung der RHD, „Rote Hilfe“, ist wegen 4 Ausgaben der Zeitung aus dem Jahr 1975 angeklagt. In allen Fällen geht es um den Polizeimord an dem Genossen Günter Routhier. Wenn jetzt schon Genosse Michael Banos für 1 Flugblatt zu diesem Punkt 3 Monate Gefängnis bekommen hat, dann ist in diesem Prozeß nichts anderes als Gefängnis zu erwarten. Wir rufen daher jetzt schon dazu auf, den Kampf gegen diesen erneuten Angriff auf die RHD zu unterstützen.

**FREISPRUCH FÜR  
DIETER KWOLL!**

**HANDE WEG VON DER  
ROTEN HILFE  
DEUTSCHLANDS!**

nen, die Betreuung der politischen Gefangenen und die Mitgliedschaft in der Solidaritätsorganisation gegen die politische Unterdrückung als „verbrecherisch“ abzustempeln.

## Was muß unsere Antwort sein ?

Dieser Prozeß gegen die ROTE HILFE hat deutlich gezeigt: In den bürgerlichen Gerichten herrscht allein das Recht der Bourgeoisie. Auch wenn die Wahrheit auf der Seite der Angeklagten steht, selbst wenn sämtliche Beweise zusammenbrechen, so bedeutet das nicht, daß das Urteil milder ausfällt.

**Der Kampf im Gerichtssaal al-**

Die bürgerliche Presse hat diesen Prozeß vollständig verschwiegen. Allein die „WAZ“ berichtete (siehe Faksimile). Für sie war es nichts weiter, als ein Anlaß zur Hetze gegen die RHD. Daß sie die Rote Hilfe mit der RAF gleichsetzen, ist nicht neu.

Die RHD hat stets erklärt, daß sie die Politik der isolierten Aktion, fernab von den werktätigen Massen, ablehnt, weil dies niemals der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse sein kann. Aber wir bekämpfen die Isolationsfolter und Vernichtungshaft, weil sie darauf abzielt, Revolutionäre zu liquidieren. „Terrorpropaganda“ hetzt die „WAZ“. Die Frage ist, wer übt denn hier Terror aus? Wenn jetzt schon das geschriebene und gedruckte Wort über die Verbrechen von Justiz und Polizei mit Gefängnis bestraft wird, dann ist das Justizterror! Es ist die Bourgeoisie, die den Terror ausübt gegen das werktätige Volk.

lein wird niemals solche Urteile verhindern können. Der einzige Weg, um den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz zu brechen, kann nur sein, eine breite Bewegung gegen diese Justiz zu entfachen. Überall, wo sie Menschen wegen ihrer revolutionären Gesinnung, wegen ihres gerechten Kampfes für ihre Interessen vor Gericht zerrt, muß ihr eine Welle von Empörung und Protesten entgegenschlagen. Der streikende Arbeiter, der demonstrierende Bauer und Jugendliche, der bedrohte Schriftsteller und Künstler und die verfolgten Revolutionäre und Kommunisten, sie alle müssen eine Front gegen die Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz bilden.

All denen, die sich über dieses Urteil empören, die dagegen etwas unternehmen wollen, rufen wir zu: Werdet Mitglied in der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, stärkt die ROTE HILFE. Gerade der regelmäßige monatliche Beitrag als Mitglied der RHD hilft uns, den verfolgten Klassenbrüdern Rückhalt zu geben. Damit können Geldstrafen und Prozeßkosten bezahlt werden, die Angehörigen können unterstützt und juristische Hilfe organisiert werden. Fordert mit uns: FREIHEIT FÜR MICHAEL BANOS!

Dafür kämpft die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS. Bei ihrer Unterstützung für die politisch Verfolgten fragt die RHD nicht nach Verband und Partei, sie fragt nicht danach, ob jemand schon Mitglied der RHD ist oder nicht. Sie organisiert mit jedem die Solidarität, der sich für eine gerechte Sache eingesetzt hat. Sie zieht aber auch einen klaren Trennungsstrich zu solchen Kräften, die zwar ein großes Geschrei erheben, wenn sie sich mal behindert fühlen, die selbst aber aktiv für die Unterdrückung der Revolutionäre und Kommunisten eintreten. Die D„K“P und die Jusos betreiben diese Politik besonders eifrig und deshalb bekämpfen wir sie auch.

Freitag, 9. Juli 1976 **WAZ**

## Terror-Propaganda: Sieben Monate Haft

Die RHD hat sich die Unterstützung der „politischen Gefangenen“ in der Bundesrepublik zur Aufgabe gemacht – insbesondere der inhaftierten Mitglieder von Terrorgruppen wie Baader/Meinhof.

So wurden anarchistische Mordanschläge von der RHD öffentlich als „Kampf gegen den Imperialismus“ propagiert. Hinzu kamen Beleidigungen der Polizei („Geht über Leichen“) und der Justizverwaltung („Geist der Hitler-KZ's“). Wobei im Vordergrund scharfe Proteste gegen „Isolierhaftfolter“ und „Vernichtungshaft“ standen.

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS wird sich diesem Urteil des Dortmunder Landgerichts nicht beugen, genausowenig, wie dies der Genosse Michael getan hat. Im Gegenteil. Jedes Mitglied der RHD, jeder Rote Helfer wird jetzt erst recht aufklären, sammeln und die praktische Solidarität organisieren. Am Arbeitsplatz, unter Freunden, Angehörigen und Nachbarn, auf Versammlungen, in Vereinen etc wird jeder Rote Helfer sich nach Kräften dafür einsetzen, die Bewegung gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu stärken. Wir werden dafür sorgen, daß Genosse Michael Banos nicht allein steht, wenn der Klassenfeind ihn hinter Gitter sperrt.

## Spendet für den Prozeßfonds !

SPENDENKONTO DER RHD: Stadtparkasse Dortmund, Nr. 172058531  
Chr. Bartels

Herausgeber: Zentrale Leitung der RHD. Selbstverlag. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Kwooll. Redaktion und Vertrieb: Stollenstr. 12, 46 Dortmund, Tel. (0231) 811912. Druck: Alpha-Druck GmbH, Dortmund